

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigen: Die 25 mm breite Mittelzeile oder deren Raum 40 Pf. • Nachverordnungen ausgeschlossen. Postfach-Route Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Name der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S. 14, Wallstraße Nr. 65. • Telefon-Nummern 4300 bis 4303. • Telegramm-Adresse: **WV** Bochum.

Nicht Reform, sondern Ausbau! Zur Kritik am Schlichtungswesen.

Unser Schlichtungswesen ist wohl eines der umstrittensten Probleme der neueren deutschen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Wirkliche Zufriedenheit über dasselbe besteht weder bei den Arbeitnehmern noch den Arbeitgebern, ohne daß man bisher sich dazu entschließen konnte, ernstlich an eine Reform desselben heranzugehen. Bis zum Hamburger Gewerkschaftskongress schien es zwar, als ob eine solche Reform nicht mehr lange zu umgehen sei, weshalb der Reichsarbeitsminister um jene Zeit ja auch eine Besprechung eingeladen hatte, in der die interessierten Kreise ihre Reformwünsche und -vorschläge unterbreiten sollten. Auch die Diskussion auf dem Hamburger Kongress selbst bewegte sich so gut wie ganz in positivem Sinne zu dem damals allgemeinen Reformverlangen. In der späteren Aussprache vor dem Reichsarbeitsminister aber erklärten sich trotzdem die sämtlichen Arbeitervertreter an einer derzeitigen Schlichtungsreform als desinteressiert. Beim wirklichen Zustand erwies sich das Eilen eben doch als heiliger, als man vorher gedacht hatte. Mit verhältnismäßig wenig Bemühen, die für unentwegte Reformen eigentlich bezeichnend wirken könnten, hatte man den Ausgang jener Besprechung zur Kenntnis genommen und fand so eine Zeitlang alles in Ordnung.

Da kam plötzlich der Eisenkonflikt mit der Aussperrung trotz verbindlich erklärten Schiedspruchs. Und siehe, da fanden sie wieder alle in einer Reihe, die „es immer gesagt“ hatten, daß das Schlichtungswesen einer Reform bedürfte. Der Ausgang des Eisenkonflikts hätte bewiesen, daß es „so“ nicht mehr weitergehen könne. Aber auch hier sieht man das Problem völlig verkehrt.

Was ist denn die Ursache allen Streites um das Schlichtungswesen? Doch nur die Verbindlichkeitsklärung eines von einer beteiligten Partei oder gar von beiden Parteien als falsch und den wirklichen Verhältnissen gegenüber als zu unrichtig empfundenen Schiedspruches. Jedes Reformverlangen zielt deshalb dahin, einen größeren Einfluß zu erlangen als bisher auf das Zustandekommen von Zwangsschiedsprüchen. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sind hier von dem gleichen Verlangen befeuert. Damit werden auch sofort die Schwierigkeiten offenbar, die einer wirklich objektiv vorteilhaften Reform entgegenstehen. Es müßte nämlich jeder aus dem verstärkten Einfluß der einen Partei sich für diese ergebende Vorteile in der Zwangsschlichtung zum Nachteil der anderen ausschlagen. Kein Ideell ist dieses, von uns aus gewertet, ja Ziel. Wie sich aber das materiell auswirken würde, dürfte der Konflikt in der nordwestdeutschen Metallindustrie, schon unter der derzeitigen Einflußverteilung, genügend illustrieren haben. Dieser Konflikt also spricht nicht für die in der hier gezeichneten Richtung sich bewegenden Reformwünsche und -vorschläge, die im einzelnen ja bekannt sind, sondern gerade gegen sie. Durch eine Reform der bestehenden Schlichtungsorganisation und -funktion also ist dem Problem nicht beizukommen. Die Art der Schlichtungswesens ist eben eine Vertrauenskrise. Nur wenn es uns gelingt, das Vertrauen von Arbeiterschaft und Oeffentlichkeit zu gewinnen für die Schlichterentscheide, nur dann haben wir die einzig notwendige und richtige Reform getroffen.

Dieses Vertrauen aber verkörpert sich nicht in den vornehmlich verlangten zwei Beisthern, die wir eventuell stellen würden, wenn die Verbindlichkeitsklärung dem persönlichen Meinensscheid des Reichsarbeitsministers entzogen und einem Kammerbeschlusse überantwortet würde, auch nicht in dem „stolzen“ Gefühl, eventuell nur als Arbeitnehmerpartei die Verbindlichkeitsklärung beantragen zu dürfen oder zu können, sondern dieses Vertrauen kann nur aus dem Bewußtsein erwachsen, daß der Schiedspruch als solcher der menschlich erkennbar wirtschaflichen Lage gerecht geworden ist. Es steht eben nie zur Diskussion, ob der Schiedspruch verbindlich erklärt werden soll oder nicht, sondern ob der Schiedspruch den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Das ist scheinbar ein und dieselbe Frage, die in Wirklichkeit aber, für die Frage nach einer Schlichtungsreform, zwei grundverschiedene Probleme in sich birgt. Der Unterschied zwischen diesen beiden Fragen wird aus dem ganzen Zusammenhang dieser Betrachtung von selbst klar. Es bleibt also dann die konkrete Frage: Wie läßt sich das Vertrauen für unsere Schlichterentscheide gewinnen (bei dessen Vorhandensein auf Arbeitnehmerseite und in der Oeffentlichkeit die Verbindlichkeitsklärung ja lediglich nur den formalen Schlusssatz darstellt)? Hier gibt es nur einen Weg: Zweckdienliches Durchsichtsmachen unserer Wirtschaft!

Gewiß wird man einwenden, daß eine 100prozentige Durchleuchtung der Wirtschaft nicht möglich sein wird. Aber

daß man sich einen mit an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit zuverlässigen Einblick in die Wirtschafts- und Rentabilitätsgestaltung der zur Untersuchung stehenden Unternehmen verschaffen kann, steht unleugbar fest. Daß es aber hierzu mit den heute dem Schlichtungsverfahren dienenden Möglichkeiten nicht getan ist, beweisen die zu besonderen Gelegenheiten für notwendig gehaltenen Sonderprüfungen, wie sie das Reichswirtschaftsministerium schon verschiedentlich veranlaßte, ebenso auch die vom Reichswirtschaftsrat gebildeten Wirtschaftsenqueten mit besonderen Aufgaben. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß solche mit zweckdienlich wirkenden Sonderrechten ausgestatteten Enquetekommissionen als permanente Einrichtung bei den Schlichtungsbehörden mit der Zeit jede mögliche und für das Vertrauen in die staatliche Schlichtung notwendige Klarheit und Überblick gewinnen müßten. Daß hierbei noch eine reiche Problematik zu erörtern bleibt, ist selbstverständlich. Die wichtigste Frage dabei wäre wohl die nach dem Verhältnis, in dem eine solche permanente Enquetekommission zur Schlichtungsbehörde bzw. zum Schlichter stehen würde. Aber wir wollen auch darauf verzichten, hierauf besonders einzugehen, da es sich hier nicht um eine Erörterung der Problematik selbst handelt, sondern nur um das Wegziel aufzuzeigen, das sich uns in konsequenter Bejahung der sozialistischen Wirtschaftsauffassung aus dem Weiterverfolg der Entwicklung über das Schlichtungswesen eigentlich von selbst absteckt.

Nichts hat deutlicher die ungeheure Macht und Bedeutung des Vertrauens in die Schlichterentscheide erwiesen, als die Severingsche Schlichtungsmmission. Lag das nur in der Person Severings begründet oder doch nicht viel mehr in dem Gefühl aller, daß nach all dem Vorausgegangenem nun sicherlich eine wirklich ernste, der tatsächlichen Lage gerecht werdende Prüfung und darauf aufgebaute Entscheidung erfolgen wird? Ob in diesem Falle die erwartete Prüfung Severing selbst in dem vorausgesehenen Maße möglich war und gelungen ist, bleibt dabei unwesentlich.

Darüber muß jedoch jeder mit uns übereinstimmen: Entweder bedeutet die Severingsche Prüfer- und Schlichtertätigkeit in diesem Falle ein großes Theater, oder aber es wurde damit die ganze Tragik offenbart, die unsere Zwangsschlichtung umgibt durch die Tatsache, daß die Schlichterentscheide mit wenigen Ausnahmen und die gegebenenfalls notwendige Verbindlichkeitsklärung unter den bestehenden Normalumständen doch lediglich mehr oder weniger nur politisch gefällt werden. Solcher Zustand muß aber irgendwann und -wo immer wieder Situationen heraufbeschwören, wie wir sie in der Eisenindustrie erleben, muß schließlich zur Katastrophe führen. Dem vorzubeugen, gibt es, wie erwähnt, nur die eine Möglichkeit: dem Schlichterentscheid in erster Instanz den Garantiefeldern der Objektivität mitzugeben zu können durch den vorgezeichneten Ausbau unseres bestehenden Schlichtungswesens. Wir ersparen es uns, hierbei darauf einzugehen, welche große Möglichkeiten sich gleichzeitig hieraus ergeben könnten für eine Kontrolle der privaten Preispolitik, die ja gerade als Gegenstück zu unserer Zwangsschlichtung bei Lohnstreitigkeiten eigentlich unerlässlich ist, ohne daß man aber bisher den erfolgversprechenden Weg hierzu finden konnte. Auch die Frage der Exekutiv- (Vollzugs) gewalt des Staates als Ergänzung der bestehenden Zwangsschlichtung hängt aufs engste mit unserem Vorschlage zusammen, da vernünftigerweise nur solche Entschende der staatlichen Zwangsgewalt überantwortet werden können (was ja nicht nur für das Schlichtungswesen, sondern allgemein gelten muß), die den Charakter einer verhältnismäßig unangreifbaren Objektivität in sich schließen. Gewiß, formal, im Rahmen des bestehenden Zustandes, ist das heute schon so, aber faktisch, im Hinblick auf die bestehenden und abstellbaren Mängel bei unserem Schlichtungsverfahren, gewiß nicht. Ebenso liegt in solcher Entwicklung auch die einzige Möglichkeit und Garantie, zu einer sozial- und wirtschaftspolitisch zweckdienlichen Produktionsstatistik zu kommen, die wir schon lange fordern, ohne positives Werden auch nur herausfühlen zu können. Auf all diesen Gebieten also ein besser vorwärts zu kommen als bisher, haben wir hier einen Weg vorgezeigt. Irrendem und -wo hören wir schon das Wort: Utopie! Das zu rufen, ist natürlich das Recht jedes einzelnen. Aber auch nur dann, wenn dieser einzelne entweder auf dem Standpunkt steht, daß der bestehende Zustand der rechte, zumindest der bestmögliche ist, oder wenn er bessere Vorschläge zu machen weiß.

Ist denn übrigens die Forderung nach permanenten Wirtschaftsenqueten als Ausbau unseres Schlichtungswesens nicht etwas absolut unserem Entwicklungsstreben Wesenhaftes? Wir fordern Wirtschaftsdemokratie! Gut! Aber das heißt doch nicht nur Ordnungshaltung mit gleichen Rechten in den lediglich vom Privatkapitalismus diktierten und von den Privatkapitalisten gewollten Formen, sondern auch Ordnungsgestaltung durch eine für das sozial-wirtschaftliche Wohlergehen der Arbeiterschaft notwendige Organisation des Wirtschaftslebens. Wir haben damit begonnen in den Betriebsräten und im Reichswirtschaftsrat. Unerfüllt ist die Forderung nach Bezirkswirtschaftsräten, deren vorgesehene Funktion wir ja in einer partiellen Ausgestaltung der einzelnen Wirtschaftskammern gewährleistet sehen können. Haben nun die Wirtschaftsenqueten des Reichswirtschaftsrates, oder die Kommissionen des Reichswirtschaftsministers irgendwie der Wirtschaft geschadet? Keinesfalls! Wäre also der bezirksliche Ausbau solcher Enqueten wirklich so unmöglich? Wer es also ernst meint mit der Ordnung unseres Wirtschaftslebens, der darf nicht vor wirklich durchgreifenden Maßnahmen zurückzucken. Jegliche Reformarbeit aber, die im Hinblick auf die notwendigen Zweckverwirklichung in dieser Hinsicht am Schlichtungswesen vorgenommen wird, kann nur Flächwert sein, das dem Gesamtproblem nur schaden würde. Helfen kann nur eine Verwirklichung ein Ausbau des ganzen Systems.

Es ist denn übrigens die Forderung nach permanenten Wirtschaftsenqueten als Ausbau unseres Schlichtungswesens nicht etwas absolut unserem Entwicklungsstreben Wesenhaftes? Wir fordern Wirtschaftsdemokratie! Gut! Aber das heißt doch nicht nur Ordnungshaltung mit gleichen Rechten in den lediglich vom Privatkapitalismus diktierten und von den Privatkapitalisten gewollten Formen, sondern auch Ordnungsgestaltung durch eine für das sozial-wirtschaftliche Wohlergehen der Arbeiterschaft notwendige Organisation des Wirtschaftslebens. Wir haben damit begonnen in den Betriebsräten und im Reichswirtschaftsrat. Unerfüllt ist die Forderung nach Bezirkswirtschaftsräten, deren vorgesehene Funktion wir ja in einer partiellen Ausgestaltung der einzelnen Wirtschaftskammern gewährleistet sehen können. Haben nun die Wirtschaftsenqueten des Reichswirtschaftsrates, oder die Kommissionen des Reichswirtschaftsministers irgendwie der Wirtschaft geschadet? Keinesfalls! Wäre also der bezirksliche Ausbau solcher Enqueten wirklich so unmöglich? Wer es also ernst meint mit der Ordnung unseres Wirtschaftslebens, der darf nicht vor wirklich durchgreifenden Maßnahmen zurückzucken. Jegliche Reformarbeit aber, die im Hinblick auf die notwendigen Zweckverwirklichung in dieser Hinsicht am Schlichtungswesen vorgenommen wird, kann nur Flächwert sein, das dem Gesamtproblem nur schaden würde. Helfen kann nur eine Verwirklichung ein Ausbau des ganzen Systems.

Klassenkampf im Zentrum.

Entscheidend würde die deutsche Arbeiterschaft ihre Interessen in Wirtschaft, Gesetzgebung und Verwaltung verteidigen, wenn sie nur eine große gewerkschaftliche Organisationsgruppe, nur eine sozialistische politische Partei als ihre Vertretung hätte. Dieser ist es nicht so. Neben der sozialdemokratischen steht die kommunistische Partei, wodurch eine Kräfteverteilung und Kräfteausbeugung bösester Art eintritt. Dann aber - und das ist noch böser - sehen noch Millionen von Arbeitnehmern in kirchlichen Parteien ihre Vertretung und die vertretenden Richtungen beanspruchten gewerkschaftlich die Vertretung der Arbeiterschaft. Hat sich auch in letzterem Punkt unter der Herrschaft des Tarifvertrags mehr und mehr eine teilweise Zusammenarbeit der einzelnen Gruppen herausgebildet, so bleibt der große Nachteil der Zersplitterung doch bestehen. So oft aber auch aus den Kreisen der Arbeitnehmer der gefühlsmäßig zu verstehende Ruf nach der Einheitsorganisation ertönt: er wird auf lange Zeit hinaus keine Verwirklichung finden, weil weltanschauliche Gegensätze geschickt benutzt werden, diese Verwirklichung zu verhindern.

Deshalb werden wir unseren Kampf für gemeinwirtschaftliche Orientierung unserer Wirtschaft, für Wirtschaftsdemokratie, für Wegbereitung zum Sozialismus nicht abbrechen, wir können ihn nur konzentrieren und steigern, da wir in dieser Entwicklung die allein vernunftgemäße und notwendige sehen. Dieser Entwicklung haben aber auch andersgerichtete Arbeitnehmergruppen ihre Konzessionen gemacht und manche Rundgebung aus christlichen Gewerkschafts- und katholischen Arbeitervereinstreffen sprach sich energisch für Wirtschaftsdemokratie und Gemeinwirtschaft aus, wenn sie auch formell den Sozialismus ablehnten.

Bemerkenswert ist, daß diese christlich-katholische Richtung sich in letzter Zeit im Zentrum so bedrängt fühlt, daß das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ in Nr. 1 in bisher unbekannter heftiger Weise gegen diese Strömung zu Felde zieht. Adam Stegerwald, bisher zweiter Vorsitzender der Zentrumspartei und der Reichstagsfraktion des Zentrums, wollte erster Vorsitzender in Partei und Fraktion werden. Er hatte die Tradition für sich, da bisher das Zentrum einen solchen zweiten Mann an die erste Stelle rücken ließ, wenn hier eine Stellung eintrat. Aber auf dem letzten Zentrumsparteitag fiel Stegerwald ab. Man suchte zunächst seine Kandidatur dadurch zu Fall zu bringen, daß man im Parteiausdruck mit Dreiviertelmehrheit beschloß, Partei- und Fraktionsvorsitz nicht einer Person zu übertragen, wie Stegerwald und seine Anhänger es wollten. Im Plenum des Parteitagess hielten dann auf Stegerwald nur noch ein Viertel der Stimmen. Die Tatsache, daß dann Foss, der Führer in der katholischen Arbeitervereinstbewegung, der ein ebenso guter christlicher Gewerkschafter ist wie Stegerwald, erklärt wurde, hat nicht beruhigend gewirkt, sondern die christlichen Gewerkschaften empfinden das Abgehen Stegerwalds als einen Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften. Das „Zentralblatt“ bringt diesen Standpunkt mit aller nur denkbaren Schärfe zum Ausdruck.

Das Blatt stellt fest, daß auch seitens der katholischen Arbeitervereine, der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ usw. dem Sturz Stegerwalds wenigstens indirekt vorgearbeitet wurde. Wenn auch Sieber, Eises und Bedder, drei frühere Redakteure der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ für Stegerwald eingetreten seien, so scheint doch in der Zentrale der katholischen Arbeitervereine West-

deutschlands in M. Gladbach eine wenig gewerkschaftsfreundliche Stimmung zu herrschen. Das könnte vielleicht dahin führen, daß die praktische Politik mehr von den Gewerkschaften als von der Seite der Konfessionen...

Bedenkenswert sind in dem Artikel die Ausführungen über die mangelnde Demokratie im Zentrum, das die Gewerkschaftsfreundschaft usw. Zum ersten Punkt sagt das Blatt:

„daß so ungefähr die Hälfte der Parteitagabgeordneten aus mittleren und oberen Beamten, aus Besondereberechtigten sind in Beamtenberufungsklassen eingeweihten Arbeitern verschiedener Art bestand. Es wäre nicht richtig, der Parteileitung aus dieser Zusammensetzung des Parteitag einen Vorwurf zu machen. Die richtige Ursache dafür liegt vielmehr in dem Verhalten der Arbeitgeberzentrale usw. Es ist aber zu bedenken, daß Vertrauensmännern zu vielen Flugblättern zu veröffentlichen, Beiträge einzusammeln, als in den Vorständen ein besonderes Amt zu übernehmen.“

Die Arbeiterschaft sei im Zentrum weder zur vollen Gleichberechtigung, noch zur Gleichachtung vorgebracht.

„Noch ist in den sogenannten „oberen“ Ständen die Vorstellung lebendig, daß die „unteren“ Stände richtig nur von oben geführt werden können.“

Das Blatt stellt weiter fest, daß „am so auffälliger wird die wachsende Feindschaft nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern gegen die christlichen Gewerkschaften gerade in den Parteien, die grundsätzlich auf christlichem Boden stehen wollen. Es ist kein Geheimnis, daß in der Deutschen Volkspartei einflussreiche Kreise alles darauf abstellen, damit die christlichen Gewerkschaften verschwinden.“

Bei den Deutschnationalen sei der entschiedene Vertreter christlich-sozialer Ideen, Saubach, kaltgestellt worden und in der Bayerischen Volkspartei hätten sich jene Kreise am stärksten

entwiesen, die gegen den Willen der Arbeitervähler das bayerische Sozialministerium (mit dem christlichen Gewerkschafter Oswald an der Spitze) besetzten konnten. Der Wert ist auch, daß das Zentrum die Arbeiterschaft nicht...

Die eingeleitete Aktion soll der Arbeiterschaft auf die ganze katholische Welt, insbesondere auf die katholische Arbeiterschaft verschaffen. Solange sie sich auf das nur Weltanschauungsbefehl, wird sie Erfolg haben. Wenn aber schon das Zentrum die Arbeiterschaft nicht in den christlichen Gewerkschaften und den christlichen Gewerkschaften erinnert, wenn es in so schroffen Worten wachsende Feindschaft gegen die christlichen Gewerkschaften und wachsende Gefahr für sie konstatiert, so ist das bezeichnend für die Auffassung, daß zum Teil auch hinter der „katholischen Aktion“ antisoziale Kräfte stehen. Deshalb fordert das Blatt zu erhöhter Arbeit für die christlichen Gewerkschaften auf und begründet das zusammenfassend:

„Die Vorgänge auf dem Zentrumsparteitag in Köln sind Symptome der Feindschaft der christlichen Gewerkschaften im Parlament vornehmlich der Herr Abgeordnete, in der Person der Herr Geheimrat, im Ministerialrat der Akademie, der Herr Amtsrichter, in der Gesellschaftsräumen des Bürgeriums der Herr Bauunternehmer, im Klub des Deutschen Hauses der Herr Oberinspektor, das alle wirtschaftlichen und sozialen Uebel nur in den christlichen Gewerkschaften ihre Ursache haben. In allen Schichten des Bürgeriums haben die christlichen Gewerkschaften heute weniger Freunde denn je.“

Wir nehmen Kenntnis von dieser Zeichnung Eingeweihter über den Klassenkampf im Zentrum. Er ist auch für uns nicht gleichgültig, da wir auf keinem Gebiet ein Zurückdrängen der Arbeiterschaft wünschen. Wir haben aber leider viel zu oft die Erfahrung gemacht, daß die Arbeiter lieber nur schimpfen, als durch eigene konsequente Machtausübung ihre Geltung in Staat und Wirtschaft zu fördern. Wer das will, komme zu uns!

leiblich der Stärkung des Arbeitnehmereinflusses, so aber so Charakteristisch ist aber, daß ein so engagiertes Unternehmervolk wie die „Wirtschaft“ die Frage der Koalitionsregierung (Nr. 5) nicht ernsthaft in Betracht zieht. Es ist aber die Tatsache, daß die verschiedenen Behördenvertreter im Zentrum des Reichsausschusses des 2. 1928 in viel begünstigter Lage waren, als sie heute ein gewerkschaftsführender eine Tagungsgläubige schwingen, da erstere in der auch eine Art Fürsitzzimmer, indem Behörden der verschiedensten Art sich prompt zur Begrüßung einfinden. Es brauchten ja keine großen programmatischen Tagungen wie Kongresse, zu sein, die ein Unrecht auf offenkundig Beachtung hätten, sondern es genügt schon eine Sitzung irgendeines Gewerkschaftsorgans. Nun ist die Bundesausschussung des ADGB, nicht irgendein Gewerkschaftsorgan, sondern die oberste Spitze der großen gewerkschaftlichen Bewegung. Aber der Verleger des Blattes über die Beachtung der Gewerkschaften durch die Behörden ist bescheiden.

Ebenso bemerkenswert ist, was das Blatt in derselben Nummer über die Koalitionsregierung als Reparationsregierung sagt. Unser Blatt hat in viel beachteten Artikeln auf das Interesse der Arbeiterschaft an der Reparationsbildung hingewiesen. Auch in bezug auf diese Frage ist es natürlich nicht gleichgültig, ob und wieviel Einfluß die Arbeiterschaft im Staat hat. Die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ schießt nun in der „großen Koalition“ keine geeignete Regierung für neue Reparationsverhandlungen, die nach ihrer Meinung gegenwärtig auch nicht zu einer besonderen Erleichterung für Deutschland führen können. Die „Wirtschaft“ solle also die Verantwortung für die weitere Belastung Deutschlands übernehmen, dieselbe „Wirtschaft“, die in einer großen Koalition „an die Wand gedrückt“ werde.

Wenn die „Wirtschaft“ die Verantwortung für die Fortdauer der auf Deutschland ruhenden Belastung übernehme, so werde der Laß und die Erbitterung gegen diese Wirtschaft nur neuen Antrieb erfahren, neuen Anreiz zur Fortführung der fehlerhaften Politik schaffen, und letzten Endes die sozialistische Idee an sich neuen Impuls erfahren.“

Vor Neuregelung der Reparationen müßten Garantien geschaffen werden, daß diese fehlerhafte Politik (Einwirkung des Staats auf die Wirtschaft, übertriebene Sozialpolitik usw.) geändert werde. Daran sei aber heute nicht zu denken. Man turche die „naturnotwendig kommende Auseinandersetzung mit dem Marxismus“ durch Kompromisse hinauszuschieben.

„Eine große Koalition würde, wenn sie zustande kommt, im Prinzip nichts anderes bedeuten als eine Entlastung des Marxismus von allen seinen bisherigen Sünden und einen Freispruch für weitere Experimente und Verköhler. Weiter ist eine große Koalition nichts anderes als eine offizielle Legalisierung des Marxismus und freiwilliger Verzicht auf die Möglichkeit und Zweckkraft der „bürgerlich-nationalen“ Idee.“

Das Faktieren mit dem Marxismus komme nicht der bürgerlichen Ideologie zugute, sondern ausschließlich dem Marxismus, weshalb

„die große Koalition nur Wegbereiterin für eine endgültige marxistische Majorität bei den nächsten Wahlen sein wird.“

Man solle deshalb gegenwärtig in Deutschland die marxistische Minderheit allein regieren lassen oder die andere Möglichkeit versuchen, mit der tatsächlich vorhandenen bürgerlichen Mehrheit im Reich zu regieren.

Die Sehnsucht der „D. Bergw.-Ztg.“ nach dem Bürgerblock dürfte sich vorläufig nicht erfüllen. Die Argumente des Blattes sind aber, trotz ihrer Zuspitzung und Uebertreibung, ein bemerkenswerter Beitrag zu der Frage, ob die Arbeiterschaft sich durch ihre Beauftragten in der Reichsregierung vertreten lassen soll oder nicht.

Die Koalitionsregierung im Unternehmerurteil.

Im Reich geht in diesen Tagen der Versuch weiter, die jetzige Regierung zu erweitern bzw. die an ihr jetzt zum Teil nur lose beteiligten Parteien fester an sie zu binden. Diese Versuche werden sehr verschieden beurteilt. Die Kommunisten betrachten die Beteiligung der Sozialdemokraten an einer Regierung zusammen mit bürgerlichen grundsätzlich als einen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokraten betrachten die Frage der Beteiligung als eine solche der Zweckmäßigkeit. Ihre Stellung zur Republik ist eine andere als es die der unterdrückten Arbeiterschaft zum alten Obrigkeitsstaat war. Die politische Gleichberechtigung gestattet der Arbeiterschaft eine ganz andere Mitwirkung im Staat als früher. Wenn die gesamte Arbeitnehmerschaft von ihrem Wahlrecht den rechten Gebrauch machte, so könnte sie den Staat nach ihrem Willen und in ihrem Interesse mit sozialem Inhalt erfüllen und umformen. Solange das nicht der Fall ist, wird sie immer wieder vor die Frage gestellt werden, ob sie den bürgerlichen, ihren Klassenfeinden, die Regierung allein überlassen oder unter Aufsicht der reaktionären Gruppen sich an ihr beteiligen soll. Nach der letzten Wahl hat sich die Sozialdemokratie fast einmütig für die Beteiligung entschieden, um die Gesetzgebung und Verwaltung mehr beeinflussen zu können, als von außerhalb.

Die Volkspartei, eine Vertreterin von Unternehmerinteressen, hat ein lebhaftes Interesse an der Beteiligung an der Regierung im Reich und besonders in Preußen. Jetzt ist sie nur lose im Reich, und in Preußen gar nicht beteiligt. Für

die Arbeitnehmerschaft ist die Beteiligung der Volkspartei keine Erleichterung, aber noch größer wäre die Belastung, wenn die Volkspartei und die Deutschnationalen ohne die Sozialdemokraten in der Reichsregierung säßen. Es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß weder eine Lohnsenkung von 130 Millionen Mark noch die Reichsunterstützung bei der Nordwest-Luftperrung in dieser Form zustande gekommen wäre, hätten nicht Sozialdemokraten in der Reichsregierung gesessen.

Die freien Gewerkschaften, die durch ihre Spitzenorganisationen in vielen Gesetzgebungsfragen mit der sozialdemokratischen Fraktion zusammenarbeiten, haben keine Verantwortung für die Beteiligung der Sozialdemokraten an der Reichsregierung. Sie sind aber damit einverstanden, solange die Aussicht besteht, daß auf diese Weise sonst bestehende Belastungen für die breiten Volksmassen abgewehrt und sozial- und wirtschaftspolitische Fortschritte erreicht werden können. Wenn auch in einer Koalitionsregierung nur Kompromißpolitik getrieben werden kann, so wird es doch in der Regel den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein können, ob alte Gewerkschafter oder bürgerliche wichtige Reichsministerien verwalten. Man kann sich allerdings sehr wohl vorstellen, daß durch ein tatsächliches wiederholtes Zusammenarbeiten bürgerlicher Regierungsparteien gegen die beteiligten Sozialdemokraten diese Regierung phast. Aber auch dann sind die Gewerkschaften, wie die Zeit des Bürgerblocks lehrt, nicht ohne Einfluß auf die Politik. Wie die Dinge sich also gestalten, kann die Gewerkschaften ziemlich ruhig lassen, ihr Interesse gilt

Tunnelbauten der Neuzeit.

Von Christoph Carlowitz.

Wann auch der vor zwei Jahrzehnten fertiggestellte Simplontunnel hauptsächlich der Länge aus heute noch an der Spitze aller derartigen Bauwerke steht, so ist er in bezug auf die Größe des Querschnittes durch neuere Tunnelbauten ganz bedeutend überholt worden. Wurde doch inzwischen bei dem Dörfchen Le Noire in Frankreich ein Bergtunn durchbohrt, um Schiffe von 1200 T. Größe den Wasserweg von der Nordsee bis zum Mitteländischen Meer zu ermöglichen. Das größte Hindernis auf diesem Wege bildete ein Berggipfel von 2000 m. Höhe und 30 km. Länge, der den Wasserweg „Haut de Ferre“ vom Mitteländischen Meer abschloß. Die französischen Wasserbauingenieure entschlossen sich zur Durchbrechung dieses Hindernisses. Es war zunächst ein Tunnel von 18 Meter Breite erwogen worden. Dem wichtigsten Hindernisse des Verkehrs Rechnung tragend, entschied man sich jedoch schließlich zu einem Tunnel von 22 Meter Breite und 14 1/2 Meter Höhe, womit dieses Bauwerk den größten Querschnitt aller bisher gebauten und in Bau befindlichen Tunnel erhielt.

Den großen Abmessungen des Tunnels entsprechend waren auch die zu bewältigenden Erd- und Gesteinsmassen außerordentlich groß. Müßten bei dem St. Gotthard-Tunnel eine Million Kubmeter Gesteinsmassen bewegt werden, und bei dem rund 20 km. langen Simplontunnel 15 Millionen, so erforderte die Durchbrechung des Noire-Tunnels in Schräglage die Bewältigung von 23 Millionen Kubmeter Gesteinsmassen. Der 8 km. lange Tunnel führt in einer geraden Linie durch den Berg. Er wurde 1911 begonnen und nur 1 1/2 Jahre beendet.

Ein anderes interessantes Beispiel bietet sich jetzt auch in den. Es ist dies der Noire-Tunnel in England, der nach seiner Fertigstellung der längste unterirdische Tunnel der Welt sein wird. Im Gegensatz zum oben beschriebenen Noire-Tunnel, der einen Wasserweg durch einen Berg erschloß, soll der Noire-Tunnel einen trockenen Weg unter einem Wasser entlang herstellen. Er soll die Stadt Liverpool mit dem durch ein Wasser getrennten, gegenüberliegenden Wirbelmeer verbinden. Der Tunnel muß deshalb 4 km. unter Wasser entlang führen. Sein Durchmesser soll 15 Meter betragen. Dieser für einen „trockenen“ Tunnel sehr große Durchmesser ergibt sich aus der Forderung, den Verkehr auf zwei übereinander angeordneten Verkehrsbahnen abwickeln zu lassen. Der obere Verkehr soll hier der untere zwei Gleise bzw. Straßen erhalten. Für die Dampf- und für die Elektrizität sind an dem Tunnel 100 Millionen Mark vorgesehen. Mit der Ausbreitung des Tunnels sind gegenwärtig 350 Mann Tag und Nacht beschäftigt. In Liverpool würde ein 60 Meter tiefer Kanal durch die Erde gegraben, von dem aus zwei Stellen

von je 10 Meter Durchmesser nebeneinander nach Wirbelmeer getrieben werden. Nach ihrer Fertigstellung wird die trennende Wand herausgehoben und der fertige Tunnel hat nach seiner Auskleidung dann 15 Meter Durchmesser. Da der Tunnel nur 10 Meter unter dem Flußbett gegraben wird, muß eindringendes Wasser durch Zement, den man unter starkem Druck in die Stollenwände einpreßt, ferngehalten werden. Nach vollständigem Durchbruch soll der Tunnel mit eisernen Ringen ausgekleidet werden, die das Wasser fernhalten. 137 000 T. Eisen sind zu dieser Auskleidung erforderlich.

Ein Unterwasserkanal ähnlicher Art ist kürzlich in New York fertiggestellt worden. Der Tunnel, nach seinem Erbauer „Holland-Tunnel“ genannt, führt unter dem Hudsonkanal und dient dem Transport von Kohlen und Gasen. Besondere Sorge bereitet dem Erbauer der 26 km. lange Tunnel die Ausführung der Auspuffgase. Wird doch der unterirdische Verkehrsbahn schließlich von etwa 2000 Kraftwagen benutzt. Deren Auspuffgase während so abzuführen, daß die Luft im Tunnel nicht durch das giftige Kohlenoxyd verpestet und damit zu einer großen Gefahrenquelle für die Menschen wurde, galt es ganz besondere Vorkehrungen zu treffen. Der Erbauer Holland löste die Aufgabe in der Weise, daß er innerhalb der freibühnen Tunnelröhre zwei Luftkanäle anordnete. Die Frischluft wird dem Tunnel durch den unter der Verkehrsbahn angeordneten Luftkanal zugeführt und die Abluft wird durch den über der Verkehrsbahn vorgesehenen Saugkanal abgeleitet. Die Frischluft wird an den beiden Tunnelenden in großen Gebäuden durch Maschinen eingesaugt, filtriert und befeuchtet und dem Tunnel zugeführt. Sie tritt darin durch lange, schmale Schlitze, die in der Verkehrsbahn vorgegeben sind, aus und vermengt sich sofort mit den Auspuffgasen, die dauernd durch den oberen Kanal abgeführt werden. Die Lufterneuerung des Holland-Tunnels erfordert Maschinen mit insgesamt 6000 PS Leistung. Der Schwall an Kohlenoxyd der ständig untersuchten Luft darf nicht höher als vier Teile auf 10 000 Teile Luft steigen, womit schädliche Einwirkungen auf die menschlichen Organe ausgeschlossen sind.

Ein weiterer sehr bemerkenswerter Tunnel der Neuzeit ist vor kurzem im Staate Colorado in den Vereinigten Staaten fertiggestellt worden. Hier galt es, die Rocky Mountains, die sich von hier, als ein ungeheures Hindernis in diesem Staate selbst und in seinem Verkehr mit den benachbarten Staaten erweisen hatten, zu durchqueren, um der zum Stillstand gekommenen Stadt Denver neue Verkehrsverbindungen zu bieten. Die Denver- und Colorado-Bahn überschritt bisher das Gebirge in etwa 8000 Meter Höhe. Im Winter konnten die Pferde infolge der Schneehöhen nur zwei Monate lang nicht verkehren. Diesem Uebelstand abzuhelfen, wurde ein 9 km. langer Tunnel durch das Gebirge geschlagen, dessen Eingänge sich 2700 Meter über dem Meeresspiegel erheben. Der Scheitelpunkt des Tunnels liegt nach 60 Meter Höhe, die Bahn kann aus dem Jahr hindurch

verkehren. Die Reisenden brauchen deshalb im Winter nicht mehr den Umweg über die niedrigen nördlichen Abhänge des Gebirges zu machen, wenn sie vom östlichen nach dem westlichen Colorado gelangen wollen.

Sobiel über die in letzter Zeit fertiggestellten bzw. in Angriff genommenen bemerkenswerten Tunnelbauten. Ihre Anlagen würden hinsichtlich der Rühmbild, der Ausführung und der zu überwindenden Schwierigkeiten weit zurückbleiben hinter dem zurzeit viel erörterten Projekt einer Untertunnelung der Straße von Gibraltar, das ein etwa 50 km. langes Bauwerk in über 350 Meter Tiefe unter dem Meeresspiegel vorsieht. Freilich handelt es sich hierbei, genau wie beim geplanten Tunnel unter dem Merkanal, zunächst nur um Vorschläge. Ob und wann dieses Projekt einmal ausgeführt wird, vermag heute noch niemand zu sagen.

Judenverfolgungen in Rußland.

Der Wahn des Massenhalbes.

Im Staatlichen Verlag in Moskau ließ M. Gorow ein Buch erscheinen, das, auf amtlichem, ebendem in Geheimarchiven verstaumt Quellenmaterial fußend, die Geschichte der Judenverfolgungen, Pogrome genannt, mit grauenhafter Eindringlichkeit offenbart. Das Buch ist zugleich ein Dokument des ungelösten Fanatismus der jüdischen Verfolgungsgründen ungleichmäßig ist — ein Dokument der auf die Spitze getriebenen Verhöhnung, des Rassenhasses, der wildesten Grausamkeit. Einige runde Zahlen mögen das beweisen:

Allein bei dem viertägigen Pogrom in Odessa vom 18. bis 21. Oktober 1905 wurden 300 Menschen getötet, 1000 wurden verwundet und größtenteils verblümmelt, 40 000 wurden wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Hunderte wurden irrsinnig.

In Prostarow wurden am 15. Februar 1910 binnen vier Stunden 1600 Menschenleben vernichtet.

In demselben Jahre, vom 17. bis 22. Mai, erlagen in Jelisawetgrad 4500 Personen jüdischen Glaubens dem Blutdurst der weißgardistischen Sorden.

Von 1918 bis 1921 organisierten die weißen Garden in den von ihnen besetzten Ortschaften insgesamt 1500 Pogrome, denen 200 000 Juden zum Opfer fielen. 300 000 Waisenkinder beweinten ihre zu Tode gequälten Eltern. Bei dem weltgeschichtlichen Pogrom in Kischinew im Jahre 1908 wurden Kinder unter den Augen der wußtlosig schreienden Mütter aus den Fenstern auf Straßenpflaster geworfen. Das verbleibende Gefindel, verhetzt und aufgeschreckt durch die patriotischen Wanden eines Juristen, packte die Kleinen an den Beinen und perfohrnetzte ihnen die Köpfe auf dem Straßenpflaster. Massenhaft wurden die Juden aus den Straßen ge-

Preisrenten gegen Lohnforderung.

Die Verhältnisse in Deutschland sind gekennzeichnet durch die harten Spannungen zwischen Kapital und Arbeit und den ver-schiebenen Interessengruppen. Die schweren Arbeitskämpfe finden ihren Ursprung darin, daß die produktiv schaffenden Bevölkerungs-schichten Deutschlands energisch auf ihr Recht pochen, von den Resultaten ihrer Arbeit einen genügenden Teil für sich abzu-zweigen. Die Problemstellung bei allem kann auf die Formel gebracht werden: Lohn und Preis. Der größte Teil der Menschheit ist auf Lohn- oder Gehaltsbehalten angewiesen. Die Kaufkraft dieser Lohnsummen ist entscheidend für das Maß von Lebensglück, welches den einzelnen auf dieser Erde zuffällt. Da die Lohn- und Gehaltsbehalten in der Mehrzahl sind, wird das ganze Kulturleben in Deutschland von der Höhe des Reallohnes beeinflusst. Der verflorene Ruhrkampf wurde von den Unter-nehmen unter der Devise geführt: Verteidigung des gegen-wärtigen Preisstandes. Sie erklärten, daß selbst eine geringe Lohn-erhöhung unweigerlich zu Preiserhöhungen führen müsse. Es war die alte Denkweise, daß jede Wertenerhöhung des Produktions-prozesses, namentlich durch Löhne, sofort auf den Preis der Pro-dukte aufgeschlagen werden müsse. Die Gewerkschaften versuchten vergeblich, diese Art Grundsätze zu entkräften.

Nun kommt ausgerechnet aus der schwerindustriellen Ecke eine ganz anders geartete Wirtschaftstheorie, die von den Gewerkschaften fast Wort für Wort unterfüttert werden kann. Die In-dustrie- und Handelskammern an der Ruhr geben eine Zeitschrift „Ruhr- und Rhein-Wirtschaftszeitung“ heraus. Dieses Organ vertritt naturgemäß die Belange der Schwerindustrie bis zum äußersten. Auch der verflorene Ruhrkampf fand dort eine ener-gische Verteidigung. Die Nr. 1 der Zeitschrift bringt an leitender Stelle einen Artikel, den man als eine Sensation ersten Ranges ansprechen muß. Es ist lehrreich, die wichtigsten Gedanken dieses Artikels zu zitieren:

„Vermehrung und Verbilligung der Produktion!“ Das seien die beiden Grundpfeiler des wachsenden Wohlstandes vor dem Kriege gewesen. Je mehr wir produzierten, um so billiger wurde die Produktionseinheit, je billiger die Ware, um so größer der Absatz, um so mehr konnten wir produzieren... Was nützen alle schönen Theorien, wenn in Wirklichkeit der entgegengesetzte Weg eingeschlagen wird: statt mehr zu produzieren, die Produktion einschränken, statt sie zu verbilligen, sie verteuern, statt den Ab-satz durch Preisrenten zu erweitern, ihn durch erhöhte Preise immer mehr einengen.“

Gegen diese verkehrte Wirtschaftspolitik müsse sich die Privat-wirtschaft mit verstärkter Aktivität wenden. Wieder wie vor dem Kriege müsse es heißen:

Vermehrung der Produktion und Senkung der Preise!

Der landläufigen Meinung, daß dies infolge der Verhältnisse nicht möglich sei, wird folgendes positive Programm entgegengesetzt:

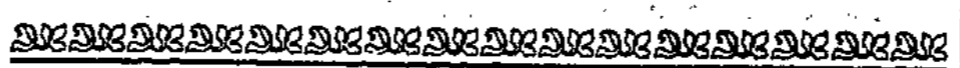
„Die Privatwirtschaft darf und kann sich nicht den Gang ihrer Entwicklung von außen aufzwingen lassen. Mit stolzer Genug-tung weisen die Gewerkschaften in ihren Berichten darauf hin, daß sie in den letzten Jahren durch ihre ständige Aktivität eine Lohn-erhöhung von mehr als 5 Milliarden Mark durchgesetzt haben. Kein Zweifel, daß ein Teil dieser Lohn-erhöhung durchaus berechtigt war, denn die Löhne waren nach der Stabilisierung der Währung zu weit zurückgefallen... Kein einziger Fall ist be-kannt, daß die Wirtschaft der Aktivität der Gewerkschaften eine eigene, zielbewusste, wirtschaftliche Aktivität entgegengesetzt, daß sie

eine Lohnforderung sofort mit einer Senkung ihrer Preise beantwortet

habe. Was ist denn das Hauptargument der Gewerkschaften? Das steigende Preisniveau! Das Argument wird nicht durch Ministerreden über die Notwendigkeit der Preisrenten, sondern nur durch die Kraft des eigenen Entschlusses der Wirtschaft be-seitigt werden. Wenn Lohn-erhöhungen im Einzelfall zu tatsäch-lichen Verlusten führen, dann ist es besser, die Verluste frei-willig durch Senkung der Preise zu tragen, wo-durch die Absatzmöglichkeiten erweitert werden, als unfreiwillig mit nachfolgender Preiserhöhung, d. h. Absatzverminderung. Die

Gefahr, daß trotzdem der Reichsarbeitsminister die Löhne erhöhen werde, ist um so geringer, je höher die Löhne sind und groß-zügiger der Weg der Preisrenten beschränkt wird. Um so mehr wird auch die Privatwirtschaft auf einen nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen rechnen können: die öffentliche Meinung, die sofort erkennen wird, daß eine Preis-entwertung ganz anders der Allgemeinheit zu nutzen geeignet ist, als eine Lohn-erhöhung für die eine oder andere Arbeitergruppe. Auf die Bedeutung von Preisrenten für die allgemeine Lebens-haltung, die Steigerung der Realeinkommen aller Bevölkerungsschichten, die Erleichterung der Einfuhr und Förderung der Aus-fuhr und den Druck, den wir durch billige Preise indirekt auf die Reparationsfrage auszuüben vermögen, sei nur durch diese Stich-worte hingewiesen...“

Eine aktive Lohn- und Preispolitik dieser Art setzt allerdings eins in viel höherem Maße voraus, als dies in den letzten Jahren im allgemeinen in der Privatwirtschaft der Fall war: die Bereit-schaft, den Willen und die Entschlossenheit, auch ohne die Mög-lichkeit sofortiger Preisausgleichs erhöhtes Risiko zu tra-gen und zeitweise Verluste und Opfer zu über-nehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne



Wenn das Wasser sich in Staubregen zer-splittert, kann es keine Mühle treiben, und wo Klang und Rumor an Tür und Fenster ist, passiert im Hause nicht viel Tüchtiges.
Matthias Claudius.



Unternehmen dabei zugrunde gehen... Bei aller Wertung der wirtschaftlich gefunden und brauchbaren Seiten der Kartelle, Syndikate, Verbände, Preisvereinbarungen, Kon-ventionen usw. steht in diesen Bindungen doch zugleich der Ge-danke der Versicherung auf Gegenleistung, der in Zeiten außergewöhnlicher Notstände zum Dauerhaften lebenswichtiger Glieder begründet, als Dauererscheinung durch zu einer Ver-wicklung und Verminderung der persön-lichen Initiative führen muß. Es wird aus den ver-schiedensten Gründen Zeit, daß die Privatwirtschaft versucht, diese Kräfte nach und nach abzuwerfen, und sich das Einzelunternehmen wieder auf eigene Füße stellt. Die Streikungs-erfre der Jahre 1924 und 1925 hat noch nicht allen Schlamms be-seitigt. Eine weitere Auslese wird folgen. Sie wird von den gefunden und lebenswerten Kräften um so besser über-wunden werden, je eher sie kommt und je schärfer sie bewußt herbeigeführt wird.“

Wir können uns nicht entziehen, etwas derartiges schon ein-mal in einem der Schwerindustrie nahestehenden Organ gelesen zu haben. Es wird dort anerkannt, daß die von den Gewerkschaften geforderten Lohn-erhöhungen zum Teil berechtigt waren. Wenn die Vertreter der Schwerindustrie schon einen Teil der Lohn-erhöhungen als berechtigt erklären, so kann man sie ruhig als voll berechtigt betrachten. Die Ansicht, eine Lohnforderung sofort mit einer Senkung der Preise zu beantworten, ausgesprochen von dieser Seite, kann direkt als eine umfängliche Theorie betrachtet werden. Wie mögen die Herren Reusch und Genossen mit den Köpfen gewandelt haben, als sie in ihrem Organ lasen, daß durch Lohn-erhöhungen entstandene Verluste freiwillig durch Senkung der Preise zu tragen sind! Oder sollten sie etwa von diesem Artikel gewußt haben? Das ist wohl kaum anzunehmen. Es braucht von unserer Seite kaum betont zu werden, daß wir einen konsequent beschrittenen Weg zur Senkung der Preise auf das Lebhafteste unterstützen. Es ist eine von uns schon immer aus-gesprochene Einsicht, daß ein solcher Schritt zur Steige-rung der Realeinkommen aller Bevölkerungsschichten führt. Aber geradezu als revolutionär ist der von dieser Seite geäußerte Ge-

danke, ein durch Preisausgleich entstandenes Risiko auf sich zu nehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Unternehmen dabei zugrunde gehen. Wenn man in der Urheimat der Kartelle, Syndikate, Verbände und Preisverbände plötzlich die Meinung äußern hört, daß diese eine Versicherung auf Gegen-leistung sind und zur Beweichlichung und Verminderung der Beschäftigten-Initiative führen, dann ist man genötigt, erst ein-mal Luft zu schnappen.

Wir begrüßen diesen Artikel der „Rhein- und Ruhr-W. Ztg.“ in der Hoffnung, daß er nicht lediglich eine Fankarte bleibt. Als wir ihn lasen, fragten wir uns, warum eigentlich der Ruhrkampf geführt werden mußte. Oder sollte etwa eine Umkehr, wie oben angedeutet, die Lehre derselben sein? Würde die gesamte Industrie nach obigen Grundsätzen verfahren, so würde sich die Spannung zwischen Kapital und Arbeit vielleicht etwas lösen. Ganz zu beseitigen wird sie nie sein. Aber wenn der Kapitalismus versucht, in seinen Leistungen den Anforderungen der freiwillig zu überlassen, dann könnten sich die Industriebereinigungen in bedeutend anderer Weise äußern. „Leben ist Kampf“, heißt es in dem Artikel, „ihn aufzunehmen und durchzuführen ist Leben und Fortschritt.“ Wohlann denn, das ist auch unsere Meinung. Wir teilen ferner die Ansicht des Artikelschreibers, daß, wenn es der Privatwirtschaft nicht gelingt, den Anforderungen der modernen Zeit gemäß Wirtschaftspolitik zu treiben, die Ent-wicklung über sie hinweg geht. Wir wollen sehen, inwieweit der Appell der „Rhein- und Ruhr-Wirtschafts-Ztg.“ Anklang findet und zum Ausgangspunkt einer neuen Wirtschaftspolitik gemacht wird. Gegebenenfalls sind wir bereit, mehr Dampf dahinter zu machen.

Verschiebungen der Arbeitskräfte.

Die Veränderungen innerhalb der Arbeitskräfte in den letzten 15 Jahren dürfen als eine bemerkenswerte Betterscheinung ange-sehen werden. Dies liegt an den Standortverschiebungen der Industrie, an den Folgen der Rationalisierung, an der veränderten Geschmacksrichtung und sonstigen Ergebnissen der wirt-schaftlichen Entwicklung. Einige Industrien und Berufe sind über-seht. So erfüllt zum Beispiel die Eisen-, Maschinen- und Metall-industrie durch den Krieg eine ungesunde Aufschwüfung. Durch die Automatisierung der Produktion wurden manche Berufe stark beeinflußt. Sehr lehrreiche Angaben über diese Fragen finden wir in einem der letzten Berichte des Landesarbeitsamtes Rhein-land: „In der Rheinprovinz werden rund 2,2 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt.“ Davon bilden die Angestellten mit rund 550 000 die größte geschlossene Gruppe. Rund 540 000 Arbeiter und Angestellte entfallen auf die Eisen-, Stahl- und Metallindustrie von der Gewinnung bis zur Ver-arbeitung. Die nächsten geschlossenen Gruppen sind erheblich kleiner. Die Zahlen lauten: für den Bergbau 100 000, für das Baugewerbe 173 000, für die Textilindustrie 164 000. Von diesen Gruppen, die das Fundament des rheinischen Arbeits-marktes bilden, bezieht sich eigentlich nur der Arbeitsmarkt der Angestellten aus, was mit dem Wachstum der Güterverteilung, der intensiven Kundenbearbeitung und auch mit der Rationali-sierung zusammenhängt. Die Eisen-, Stahl- und Metallverarbeit-ung hatte früher den aufnahmefähigsten Arbeitsmarkt. Heute hält die Maschinen- und Fahrzeugindustrie ungefähr den Vor-kriegsstand. Der Arbeitsmarkt des Bergbaues ist unter dem Druck der Kohlenrente schwach. Der Arbeitsmarkt des Baugewerbes hält sich nur durch die Subventionen, die ihm in der Form der Hauszinssteuerhypotheken und sonstigen öffentlichen Hypotheken mit niedrigem Zinsfuß zufließen. Der Arbeitsmarkt des Spinn-stoffgewerbes geht zurück. Während die übrige Großindustrie von 1910 bis 1925 ihre Bevölkerung um 11 bis 21 Prozent vermehrt haben, haben die Textilstädte Wismar, El-benfeld und Lachen abgenommen. In M. Gladbach und Krefeld hat die Bevölkerung zwar noch zugenommen, aber nur ganz wenig. Der Arbeitsmarkt der rheinischen Textilindustrie leidet unter dem Aufblähen des Wettbewerbes in Übersee. Der Abfall des Arbeitsmarktes in der Textilindustrie wäre noch stärker, wenn nicht die Kunstseide eingesprungen wäre.“

Es ist bemerkenswert, daß die Angestellten die größte Gruppe bilden, und diese sich auch in Zukunft weiter ausdehnt. Eine nicht minder interessante Erscheinung ist die Veränderung im Spinn-stoffgewerbe. Das Ganze zeigt aber, daß die Berufsalterung ständigen Veränderungen unterworfen ist.

foltert und gekreuzigt. Mit Nägeln wurden sie an die Holzstämme der Häuser geschlagen.

In Minsk wurden Greise an die Pferdegeschwänze gebunden und durch die Gassen geschleift.

In Jekaterinow wurden 1000 Frauen und Mädchen ge-schändet. Gorkow beschrieb den im Jahre 1919 durch die Truppen Denikins inszenierten Pogrom folgendermaßen: Die Straßen, die Höfe und Häuser, die Keller und Dachräume waren mit Blut-sprühen bedeckt und mit verwundenem Blut bespritzt. Hunderte von blutigen Leichen lagen umher. Läden und Wohnungen waren total demoliert. Die Straßen waren bedeckt mit zerstückelten Möbeln, mit zerrissenen Mäßen und Betten, mit umherfliegenden Bettfedern. Die Stadt war ein einziger riesenhafter Friedhof. Bei diesem Pogrom wurden 4500 Menschen erschlagen, darunter viele Kinder und Greise.

Als die Banden des ukrainischen Hetmans Petlura, der in Paris durch Schwarzbart vor einigen Jahren erschossen wurde, in Trostniza einzogen, nahmen sie 400 Juden gefangen und hießen sie ein gemaltiges Massengrab auswerfen. Dann führten sie sie mit Kolben, Messern, Keulen und Dreifüssen auf die Gefangenen und warfen den ganzen Haufen des gemesselten Menschenfleisches in die geräumige Grube.

Geldt — gefoltert — zu Tode gequält — geschändet: Worte des Grauens und Entsetzens, Worte, die ein fühlender Mensch kaum über die Lippen bringt!...

Gorkow führt eine lange Reihe von Beispielen an, wie die Antisemiten arbeiten und woher der Antisemitismus seine giftigen Säfte zieht. Weiter beleuchtet er die wirtschaftlichen und poli-tischen Verhältnisse der Zeiten, in denen der Judenhaß am schlimmsten wütete.

Noch im Mittelalter galt als Träger der aufsteigenden Waren-wirtschaft der Jude, der als Händler und Kommissionär fast den gesamten Warenhandel für sich monopolisierte. „Jude“ und „Händler“ war damals ein gleichbedeutendes Wort. Mit der Ent-wicklung der Warenwirtschaft zur Geldwirtschaft trat als Kon-kurrent der jüdischen Händler die russische Kirche auf. Weil aber die Kirche keine Erfahrung im Handel hatte, konnte sie auch be-züglich der Qualität und billigen Preise mit den jüdischen Han-delsleuten in keiner Weise konkurrieren. Sie öffnete daher das Arsenal ihrer religiösen Machtmittel.

Alles, was sich nur ausdenken läßt, jede bewußt erdachte Bos-heit schauderte die „rechtgläubige“ Kirche ins Volk, um einen bei-spiellost fanatischen, ja wiesigen Haß gegen die Juden zu erzeugen. Da wurden die Juden beschuldigt, Kinder gemordet zu haben, um Christenblut für rituelle Zwecke zu erhalten. Massenhaft wurde jubenfeindliche Literatur verbreitet, z. B. allein in den Jahren 1805 und 1806 in einer Auflage von 14 Millionen Exemplaren, worin die Bevölkerung zur Ausrottung der Juden aufgefordert wurde. Es wurden Broschüren und Flugblätter verbreitet unter

den vielsagenden Titeln: „Mittel gegen Juden“, oder: „Unüber-legbare Beweise für den unermesslichen Untergang der Welt, der Menschheit, des Christentums und jeden Staates, sofern die Juden nicht unverzüglich umgebracht oder als Sklaven ver-kauf werden.“

Wie solche Flugblätter auf die dumpfe, im finsternen Über-glauben wachende Bevölkerung wirken mußten, braucht nicht näher dargelegt zu werden.

Eine noch schlimmere Zeit brach für die jüdische Bevölkerung an, als der auf geldlicher Basis beruhende Warenhandel einsetzte und der nationale Kaufmann, die nationale Kaufmannsgilde auf-kam. Damit erhielt die russische Kirche einen willkommenen Bundesgenossen. In der Folgezeit nahm der Kampf gegen die Juden eine organisierte, grausame, von Majerei befehlene Form an. Eine Liste der Opfer wurde vorerst fein säuberlich aufgestellt, dann wurde der Pogrom aufgezogen. Die Juden, die im Pogrom nicht niedergemacht oder vertrieben wurden, wurden im Ghetto mit gefängnisähnlicher Aufsicht eingesperrt.

In den Jahren 1891 und 1892 wurden 150 000 Juden der Grenze verwiesen, wobei die übermühten Kosaken die Menschen-herde wie das liebe Vieh mit der Peitsche schlugen und sich hertrieb. Tausende erlagen dem Hunger und der Kälte.

Im Jahre 1871 richtete die Moskauer Kaufmannschaft an den Stadtkommandanten eine Beschwerde gegen die Juden, „weil sie ausländische Ware unter den Ortspreisen verkaufen und so dem heimischen Handel empfindlichen Schaden zufügen“. Die weiße Obrigkeit entschied, daß den Juden das Recht des freien Handels abgesprochen werden müsse, weil ein Nutzen, ihnen dieses Recht fernerhin zu gewähren, nicht zu erwarten sei.

Seitdem datiert die Geschichte der zwangsweisen Anstiedlung der Juden.

Trotzdem erließ Alexander I. das Dekret: „Kein Jude darf in einem Dorfe oder einer Siedlung weder unter seinem, noch unter fremdem Namen leben, ganz gleich, unter welchen Um-ständen es auch sei.“

Wo sollten die verfeimten Juden nun bleiben?

Das Ungewitter eines Pogroms entlud sich meist auf die armen Juden. Die wohlhabenden verstanden es, sich rechtzeitig loszukaufen. Und was noch schlimmer ist: von letzteren gingen manche sogar zu den Pogromisten über, so Winarow, Gessen, Mar-golin, Pasmanik und andere mehr. Den Einzelheimern eines Pogroms war es nur darum zu tun, möglichst viel Lösegeld zu ergattern, darum gaben sie den verurteilenden Juden zuvor einen Wink, wer auf die schwarze Liste kommt.

Gorkow, dem wir die Verantwortung für seine Angaben über-lassen müssen, schließt sein Buch mit den Worten: „Der Kampf gegen den Antisemitismus muß verstärkt werden. Man darf ihm nicht mehr gutmütig auf die Schulter klopfen. Das muß endgültig ein Ende nehmen.“ Seiner ist zu sagen, daß der Judenhaß in letzter Zeit

wieder beständig an Umfang zugenommen hat, eben weil ihm nur gutmütig auf die Schulter geklopft wird. Die Unzufrieden-heit der Bevölkerung sucht nach einem Ventil und findet ihn aus primitiver Denkwiese heraus bei den Juden, die an einem Glend schuld sein sollen und sich auf Kosten des Volkes bereichern. Das erklärt die wieder ansteigende Woge des Judenhaßes, in der auch die kommunistische Arbeiterschaft, besonders aber die Arbeiter-jugend, gern untertaucht. In ganzen Reichen mehren sich die Fälle, wo Juden auf die gefährlichste Weise schikaniert, beschämmt, gequält, mißhandelt oder sogar in den freiwilligen Tod getrieben werden.

Am nur einige Fälle herauszugreifen: Der Behrling Veräch wurde vor einigen Monaten vor seinen Mitarbeitern zu Tode mißhandelt. In den Glasfabriken von Korissow und Minsk hat die jüdische Arbeiterschaft besonders zu leiden. Dort wurde eine jüdische Arbeiterin so brutal mißhandelt, daß die höhere Sowjetbehörde eingreifen mußten, um dem Skandal ein Ende zu machen. Mit den gemeinsten Ausdrücken werden die gequälten Opfer belegt. In Rudnia wurden einige Juden verprügelt und zum Fenster hinausgeworfen. In den Schulen und höheren Lehr-anstalten haben Schüler und Studenten oft ein wahres Mar-tyrium zu erleiden. Sie werden auf die raffinierteste Art ge-prügelt, zum Examen nicht zugelassen und sonst im Fortkommen behindert. Das gleiche ist bei vielen jüdischen Angehörigen der Fall. Nicht nur in den Hebräen, sondern auch auf Bergwerken macht sich der Pogromgeist breit. Besonders im Donesbecken. Fälle von antisemitischen Ausschreitungen ereigneten sich auf folgenden Gebieten: Briansk, Pariser Kommune, Maria II, Golubowka, Inosa, Mtschenow, Dolhanka, Shtitsch III usw. Auf der Grube Radjowka wurde ein jüdischer Hilfsarbeiter von einem Schmied mit dem Hammer erschlagen. Auf dem Schacht Golubowka be-bauerte ein Steiger öfter vor der ganzen Belegschaft, daß man die Juden nicht mehr wie in früherer Zeit schlagen dürfe. Die kommunistische Bergarbeiterjugend organisiert seltenerweise sogar so-genannte Massenfeiern, wobei alle möglichen Niederträchtigkeiten gegen die Juden ausgeübt werden. Wohnungen werden ihnen abgebrochen oder vorenthalten, Verbandsbücher werden ihnen nicht abgehändigt, sie werden aller möglichen Vergehen beschuldigt, um so eine Handhabe zur Entlassung zu erhalten.

Der Pogromgeist geht wieder um! Die Schwarzgen. Hundert-schaften des Baren sind außerstanden! Dafür bringt die Sowjet-presse täglich neue Belege. Zwar werden die krassen Fälle mit schweren Gefängnisstrafen geahndet, zwar hat schon die Regierung eine energische Propaganda gegen diese russische und mittel-amerikanische Barbarei eingeleitet, aber was nützt das alles, wenn selbst Stalin, der allmächtige Diktator, nicht frei von antisemitischen Anwandlungen ist und wenn die untergeordneten Behörden, Gewerkschafts- und Parteifunktionen selten etwas gegen diese Kulturfeinde unternehmen, obwohl dieselbe unter ihren Augen geschriert und immer drohendere Formen annimmt! V. K.

Haus und Leben

Gequältes Volk.

Die beiden waren eine Zeitlang schweigend nebeneinander hergegangen. Sie hätten sich gern noch ein paar Worte sagen wollen, die sie in äußerem Frieden auszuhandeln liebten.

Es kam von den Stiefelwerkern her eine Kette junger Arbeiter. Vor dem Portal der Oberschlesischen Kohlenwerke hatte sie haltgemacht. Während noch sieben ein wirrer Arm zu den beiden Spaziergängern gedungen war, wurde es plötzlich still, so daß ihre Aufmerksamkeit erregt wurde.

Der Trupp hatte sich an das Blechschilde gedrängt, das am Torbogen angebracht war. Dieses Blechschilde war ein Wahrzeichen des Reviers, es fehlte an keinem Portal des Verwaltungsgebäudes, an keiner Zeche und keiner Grube. Darauf stand: „Arbeiter werden nicht eingestell.“ Das war nichts Besonderes, und solche Blechschilde kannte jedes Kind, es war schon damit ausgekommen.

Aber irgendwie hatte gerade dieses Blechschilde die besondere Beachtung der jungen Leute erweckt. Sie rissen es herunter und traten darauf mit Füßen. Und dann stießen sie gegen das Tor, daß es verrangelnd aufzog.

Eine Anzahl athletischer Gestalten stürzte vor und auf die Jungen und wollte sie am Kracken fassen. Die aber waren darauf vorbereitet, wichen aus und fielen von der Seite her auf die Wächter ein. Die Wächter hatten nur ihre Häute. Es waren Wächter, besonders geschulte Leute, deren Kraft anfänglich bezagt wurde. Sie waren darauf geübt, schonungslos diejenigen niederzuschlagen, niederzutreten, denjenigen, der nicht auswich, der sich in den Weg stellte und nicht sofort das Weite suchte — eine Art eiserne Walze. Man sprach nicht und man schrie nicht. Vielleicht hatten sie Gummihüpfel und Revolver in den Taschen, aber sie kamen gar nicht dazu, sie anzuwenden.

Die Jungen gingen, wie auf Bezahlung, mit Schlägringen, eisernen Holzknütteln, mit Steinen und Latten gegen die Wächter vor. Dampf und beinahe lautlos. Einer der Wächter hatte einen jungen Kerl im Griff. Die nächste Bewegung wird dem das Kniegelenk ausheben, den Oberarm brechen wie ein Stück trockenen Spanes und dann den ganzen Jungen vor die Kanalisationsröhren schleifen, den Kopf nach unten.

Noch stand der Bursche aufrecht. Einen Augenblick war das Gesicht im Krampf verzerrt vor Schmerz, dann spannte es sich langsam wieder, alles kaum länger als der Mensch einen Gedanken fassen kann, und dann stieß er die gespreizten Finger dem Wächter in die Augen, Krämpfte sich mit der anderen Hand fest an den Säulen und riß ihm im Sturz das Gesicht auf. Blut und Schloim. Die beiden Zuschauer standen wie gebannt. Es wühlte in diesen Menschen. Sie hätten sich in die Menge hineinstürzen mögen, die Kämpfenden auseinanderreißen, zuschlagen, alles endlich hinausschlagen, Frieden stiften, beruhigen und feste mit den Häuten auf die Menschen, die dafür bezahlt sind, daß sie auf die Arbeiter...

Da ratterte von der Bismarckstraße her, gerade von der großen Straße her — hörte man den Pflaster rattern, näher und näher rattern, schon klirren, fühlt man direkt die schweren Felgen klirren und ächzen, die Gestelle — und dann sahen sie den Wagen mit Gerbammen vor der Bismarckstraße stoppen.

Und es war den beiden, daß sie sich nicht bewegen konnten. Wandten sich ab, machten die Augen zu, brachten den Kopf mühsam und einseitig, vor Aufregung zitternd, schamboll und in Todesangst.

Ein schwarzer Streifen von Sonne zog sich über das Land. Die Schere, die im Frieden der Stiefelproduzenten mit Staat und Kirche vereinbart worden war, hatte zu wirken begonnen. In Gruppen zu hundert und mehr Familien wurden die Leute angeworben. Der so lange künstlich aufrechterhaltene Trennungsfriede als Deutsche oder Polen war mit einem Male

verloren. Wieder wurden sie ein Volk, ein einheitliches Volk, das ober-schlesische Volk, das ohne Arbeit war und Brot und das in seinen besten Teilen angehebelt werden sollte. Dafür stellten die Regierungen Mittel zur Verfügung und die Kirche ihre Pfarrer, die die Kolonistengruppen begleiten würden, um an ihrem neuen Arbeitsplatz sogleich mit dem Bau des Gotteshauses zu beginnen. Unterstützt darin von den beiden Regierungs-Kommissaren, dem polnischen und dem deutschen, die den Transport in Empfang nehmen und ihn an seinen Bestimmungsort ordnungsgemäß auszuliefern hatten.

Die Leute schrieben sich bei den herumreisenden Agenten, die von Haus zu Haus gingen, in Listen ein. Sie unterzeichneten damit einen Kontrakt, der sie zu einer fünfjährigen Arbeit bei einem Wohnbau, zur Anlegung von Anlagen, in Industriebetrieben, Gruben und Mäulen verpflichtete, die Erwachsenen und die Halberwachsenen nach den Vorschriften der internationalen Arbeitsbestimmungen. Diese Kolonistengruppen werden in der Regel gehen nach Hebeise, in Gebiete, deren eingeborene Bevölkerung zerstört, zermindert und zerrieben worden ist, und die bei ihrer wirtschaftlichen Erschließung nach Arbeitskräften hungern. Sie erhielten darauf einen Vorschuß von dem Kontraktpartner, den der Staat in Gestalt der Kommissare und die Kirche in Gestalt ihrer Diener ihnen wieder abnahm, vertraglich; denn diese hatten den Transport zu organisieren, und von dem Geld, das so praktisch nicht zur Auszahlung kam, wurden die Leute unterwegs verpflegt. Im Arbeitsplatz stellte die unternehmende Firma den Wohnraum zur Verfügung, der nach Ablauf des Kontraktes in das Eigentum des Bewohners übergehen sollte.

Die Schere griff weiter. Es verbreitete sich, daß nach dieser Zeit den Leuten nichts anderes übrig bleiben würde, als elend zu verhungern oder zu Bedingungen zu arbeiten, die dem dortigen Unternehmer gerade paßten. Die Unterschriften flossen daraufhin spärlicher. Da erließen die Regierungen Bekanntmachungen, daß alle Verträge international geregelt seien, daß die Regierungen es nicht zulassen würden, daß die Lage der Ausgewanderten sich schlechter gestalten sollte, als in der Heimat. Und sie sperrten die weiteren Unterstützungen und drohten, sich von dem Hilfswerk im ganzen zurückzuziehen. Das predigte der Pfarrer von der Kanzel, und den Arbeiterverbänden wurde ausdrücklich das Recht zugesprochen, auch am neuen Siedlungsort in Wirksamkeit treten zu dürfen, nach den jeweils geltenden Bestimmungen des betreffenden Landes. Unter dem Schutze dieser Bewegung bereiteten die ober-schlesischen Industriellen die Umstellung ihrer Betriebe vor. Sie lehten aus und gründlich.

Ein schwarzer Streifen von Sonne zog sich über das Land. Die gelben Rauchschwaden deckten den Sonnenball zu und schmolzen ihn in Fäden und Streifen. Ein Windstoß ballte die Rauchfäden zusammen, warf sie im Wirbel zu einander, so daß sie wie Gewitterwolken drohend über der Straße hingen, und zerfiel sie kaum ebensovie plötzlich wieder, so daß ein stiller kalter Hauch sichtbar wurde; denn es war Frühling.

Vor dem Hindenburg hatte ein Trupp dieser Auswanderer sich gelagert. Große Bündel mit Betten, Wäsche und Kleider lagen überall herum. Mochte das der Beamte aufschreiben, der

mit Listen und immer wieder Listen von einem zum andern ging und schrieb und schrieb. Die Leute lagen auf den Koffsteinen, langhin, gleichgültig und müde. Sie lagen und schliefen und träumten und blinzelten in den Sonnenstrahl. Die Weiber, die Männer und die Kinder. Einige der Frauen hatten die Säuglinge an der Brust. Über ihnen spannte sich der Himmel von Hindenburg.

Sie mußten alle warten und warten. Ein gleicher Zug, der von Balenze mit der Bahn hier erwartet wurde, sollte sich mit ihnen erst vereinigen, mitregistriert werden, ehe sie verladen werden konnten. Einige Neugierige standen herum, fremde Geschäftsleute, die schlüßtern ab und zu mit dem Vorschläge herauskamen, ihnen etwas auf die Beine noch abzulaufen. Aber die Leute hatten keinen Pfennig. Es war unndig, daß die Transportführer strengstens unterfragt hatten, Schnaps mitzunehmen. Und einige Kinder standen herum. So lagen die Leute und warteten. Polizeimannschaften sperrten den Platz ab. Der Balenze-Transport lief ein. Neue Ballen von Betten und Kleidern und ein paar armselige Geräte, darunter eine Nähmaschine, ein Fahrrad mit angebrochenen Felgen. Wieder Weiber, Männer und Kinder. Sagen alle zusammen jetzt wieder noch ein paar Stunden.

Dann verteilten sich plötzlich eine Menge Transportbegleiter unter die Leute, führten etwas und riefen die Namen auf, riefen und riefen. Von allen Seiten riefen sie plötzlich.

Und der Zug setzte sich in Bewegung. Ging hinein in die niedere schmutzig-graue Bahnhofshalle, die wie ein böser Schlund war, ein Tor zur Hölle. Die Lokomotive brüllte, krächzte und schwang fauchend mit kurzem Pfischen.

Schweigend gingen die Männer, die Frauen und die Kinder, kein Schwall. Eine ganz winzige Spanne von Bewegung, eine kaum merkbare Erregung: eine Mutter hatte ihr Brustkind, ein wenig zitternd, hochgehoben und geküßt. Und es dann betrugt.

Und ein Junge, ein vielleicht gerade schulentwachsenes Büßchen, war nochmal aus der Halle herausgestürzt und hatte angefangen, in jagender Eile auf dem Pflaster zwischen den Bahnschienen zu hocken. Krachte so Erde heraus, die er in ein kleines ober-schlesische Heimatbe... Land meiner Heimat, sei gesegnet! Land meiner Heimat, sei verflucht!

(Aus einem noch ungedruckten Oberschlesienroman von Franz Jung in Heft 1 des »Büchereisen«, Januar 1929, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.)

Reisen für die Werttätigen!

Wiederum ist ein neuer Reiseprospekt des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit für das Jahr 1929 erschienen. Er enthält eine große Anzahl der interessantesten Reisen ins In- und Ausland, und zwar nach Paris, Wien, London, Finnland, Schweiz, Riviera, Dalmatien, Adria, Kratau, Damburg, Belgien, an den Rhein, an die Kurische Nehrung, nach Oberböhren-Nordtirol usw. Als Neuerung sind vorgesehen: Ferienaufenthalte zu günstigen Bedingungen, und zwar in Tellerete del Lugano, sowie in Rimmil (Tirol).

Neben den allgemeinen Studien- und Gesellschaftsreisen finden auch zwei wirtschaftspolitische Studienreisen unter fachmännischer Leitung statt, und zwar eine in das Ruhrgebiet, die andere in Berlin (Berlin als Wirtschaftsgelände).

Um den weitesten Kreisen die Teilnahme an den Reisen zu ermöglichen, ist wiederum die Einrichtung getroffen, daß die Kosten in monatlichen Ratenzahlungen aufgebracht werden können. Je früher die Zahlungen beginnen, um so geringer ist der Gesamtpreis für die Reise.

Der reichsillustrierte Prospekt ist gegen Einsendung von 25 Pf. in Reichsmarken durch den Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Vindensstraße 3, zu beziehen.

Wenn Du Deine Zeitung bekommst

so denke einmal daran, daß sie das Sprachrohr Deines Verbandes und die Verlecherin Deiner Interessen ist. Sie tritt für Dich ein, mahnt Dich aber auch, pünktlich Deinen Beitrag zu entrichten für die 3. Woche (13. bis 19. Januar 1929)

Ein revolutionärer Kämpfer.

In Lessings 200. Geburtstag.

Im gegenwärtigen Augenblick rüftet die bürgerliche Welt sichrigt, um den 200. Geburtstag Gotthold Ephraim Lessings feierlich zu begehen. In zahllosen Zeitungsartikeln, Vorträgen und Feiern wird des Mannes gedacht werden, den die bürgerliche Gesellschaft als einen ihrer Helden verehrt. Mit welchem Rechte das deutsche Bürgertum heute noch das Andenken Lessings feiert, ist zum mindesten zweifelhaft, die deutsche Arbeiterschaft hätte einen ungleich berechtigteren Ankaß dazu. Eine Würdigung der Persönlichkeit Lessings und seiner Ideen wird erkennen lassen, daß er ein revolutionärer großer Kämpfer gewesen ist und in seinem Denken der modernen Arbeiterschaft nahe stand.

Gotthold Ephraim Lessing wurde am 22. Januar 1729 in Kamens in Sachsen geboren. Dreizehntel Jahrhundert waren seit Beendigung des Dreißigjährigen Krieges vergangen. Die ersten Kämpfe, die der Krieg geschlagen waren vernarrt. Deutschland arbeitete eifrig an seinem wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Dessen hauptsächlichster Träger war das junge Bürgertum, das sich soeben als Klasse, die Fesseln des Feudalismus zu lösen. Mächtig war der Wandel angebrochen, aber auch die Produktionsstätten (Manufakturen) wurden immer zahlreicher. Die Landesfürsten haben dieser wirtschaftlichen Entwicklung häufig nach, denn ihr Geldbedarf war infolge der immer größer werdenden Ausgaben für Heer und Verwaltung mehr und mehr gewachsen. Die Förderung, die die Fürsten der Wirtschaft angedeihen ließen, machte sich durch das vergrößerte Steuereinkommen doppelt bezahlt. Es war die Zeit des knalligsten, produktivsten Kapitalismus, in der Wirtschaftsgeschichte als »Australienperiode« bekannt.

Mit dem Aufblühen der Wirtschaft hatte die politische Entwicklung in England und Frankreich den Schritt gehalten. Während in England und Frankreich die nationale Einheit bereits errungen war, vollzog sich in Deutschland die politische Entwicklung in entgegengesetzter Richtung. Das Kaiserthum war aus dem Zerlegen ungeheurer geschwächt hervorgegangen. Die vielen kleinen Landesfürsten teilten den Raum unter sich und zerstückelten das deutsche Reich in eine Anzahl kleiner und kleiner souveräner Staaten. Deutschland geriet sowohl politisch als auch wirtschaftlich gegenüber den anderen westeuropäischen Staaten ins Hintertreffen. Das Bürgertum Englands hatte sich bereits in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts die demokratische Verfassung errungen, und damit den Weg zur Weltbeherrschung geebnet. In Frankreich begann sich zur Zeit von Lessings Jugend bereits die gleiche Entwicklung an, gekennzeichnet durch die Revolutionen der 17. und 18. Jahrhunderte, die den Weg zur Weltbeherrschung ebneten.

Die Kleinstaaten schuf in Deutschland eine fürchterliche Enge. Es ergab sich kaum ein Tätigkeitsfeld für schöpferische revolutionäre Geister. Nicht daß es an ihnen gefehlt hätte! Aber um leben und schaffen zu können, sohen sich selbst die größten deutschen Geister des 18. Jahrhunderts, Schiller und Goethe, gezwungen, ihre Unabhängigkeit aufzugeben. Die politische Rückständigkeit in Deutschland wurde auch Lessing zum Verhängnis. Als Klassenbewußter Bürger war er zu stolz, sich in fürstliche Abhängigkeit zu begeben, und infolge dessen war sein Leben ein einziger Kampf mit den widrigen Verhältnissen.

Dem Warrersohn war eine ausgezeichnete Bildung mit auf den Lebensweg gegeben worden. Aber es widerstrebte ihm, nach dem Willen seiner Eltern einen akademischen Beruf zu ergreifen. Schon in jungen Jahren wirkte er als freier Schriftsteller in Leipzig, später in Berlin. Sein Tätigkeitsfeld ist das Theater. Der dreißigjährige Lessing führt bereits einen tiefen erfolgreichen Kampf gegen die Literaturgrößen seiner Zeit, die mit dem Breußentönig Friedrich II. der französischen Dichtkunst Gefolgschaft leisteten. Lessing führte seine Waffen mit Hilfe glänzender Geistesleistungen. Er, der schon früh sein Denken im Studium der griechischen und römischen Klassiker geschult hatte, war auch in den Philosophien seiner Zeit zu Hause. Besonders die französischen Aufklärer haben auf sein Denken den entscheidenden Einfluß ausgeübt. Sie schmiedeten der jungen Bürgerklasse die zu ihrem Befreiungskampfe notwendigen geistigen Waffen. Lessing warzelle mit seinem ganzen Sein in seiner Klasse, und er war ein Kämpfer für ihre Ideale wie kein anderer. Für die damalige Zeit ein unerhörtes Beginnen, wagte es Lessing, in seinen Dramen den Bürgerstand auf die Bühne zu stellen. Die bürgerlichen Trauerspiele »Miss Sara Sampson« und »Emilia Galotti« sind die Früchte dieser Schaffensperiode. Aber Lessing hatte nicht das Glück, von seinen Klassenangehörigen verstanden zu werden und sie zur Anteilnahme an seinem Kampfe zu bewegen. Im Gegenteil, sie ließen den tapferen Kämpfer im Stich, zu einer Zeit, als er ihre Hilfe am notwendigsten gebrauchte. Der groß angelegte Versuch der Schaffung eines Nationaltheaters in Hamburg war gescheitert, weil es eben eine deutsche Nation noch nicht gab. Trotz fruchtbarer Tätigkeit stand Lessing wiederum vor dem Nichts. Um das Leben seiner Angehörigen sicherzustellen, nahm er die Schwäche der Stellung eines herzoglich braunschweigischen Bibliothekars in Wolfenbüttel auf sich. Aber auch in dieser Stellung gelang es nicht, Lessing zum Schweigen zu bringen. Als sein Vorgesetzter den Versuch unternahm, die geistige Freiheit Lessings zu knebeln, verließ der schon alternde Mann seine Stellung, um wieder mutig den Existenzkampf auf sich zu nehmen. All das Leid, noch verstärkt durch ein widriges Schicksal in seinem persönlichen Leben, konnte den tapferen Mann nicht entmutigen. Diese Schläge leisteten vielmehr die größte Reife seines Schaffens ein. In dieser Zeit entstand das Drama »Nathan der Weise«, das höchste Drama

ment Lessingscher Weltanschauung. Die wunderbare Parabel von den drei Ringen in diesem Drama sollte zum Kulturgut jedes denkenden Arbeiters gehören. Ferner schuf Lessing die »Gespräche für Freimaurer« und die »Erziehung des Menschenalters«. Reiner und klarer als in Lessings Spätwerken sind die Ideale rationalistischer Weltanschauung kaum je formuliert worden.

Lessing starb im Jahre 1781. Seine letzten Lebensjahre waren völlig einsam gewesen, aber ein desto reicheres Innenleben vollzog sich in seiner Seele und er ahnte die Unsterblichkeit seines Geistes wie seines Namens voraus. Die klassische Periode der bürgerlichen Dichtung hat größere Künstler hervorgebracht, in der Reinheit des Empfindens, in der Konsequenz seiner Handlungen steht Lessing unerreicht.

Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat es das Bürgertum verstanden, sich in seiner Weise mit Lessing auszuföhnen, vielmehr ihren bürgerlichen Broden dienstbar zu machen. Nachdem Bürger und Junker in Deutschland ihr Kompromiß geschlossen, spürte ersterer das Bedürfnis, die eigene revolutionäre Vergangenheit vergessen zu machen und die Verbindung zur nationalen Vergangenheit zu suchen. So mußte der freiheitsstolze Lessing dazu herhalten, die Untertanengottinnung des Bürgertums zu dokumentieren. Aus dem französisierenden Breußentönig Friedrich II., der einem Manne wie Lessing die Fühllosigkeit an der preußischen Staatsbibliothek verweigerte, wurde so im Geschichtsunterricht der verdienstvolle Förderer deutscher Geisteswissenschaft. Franz Mehring hat in seiner schönen Schrift »Die Lessing-Legende« die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung nachgewiesen und das Andenken Lessings von einem häßlichen Fiedeln bereinigt. In ihrer ganzen Größe und Reinheit tritt die Gestalt Lessings in der Schrift Mehrings vor unsere Augen. Treffender ist kaum jemals der Kämpfer Lessing charakterisiert worden. Schließen wir daher mit den Worten Mehrings: »Unter den geistigen Vorkämpfern des deutschen Bürgertums war Lessing nicht der genialste, aber der freieste und wahrhaftigste und vor allem der bürgerlichste. Was immer wieder an seinen Schriften festsetzt, ist der Charakter dessen, der sie schrieb. Ehrlichkeit und Mannhaftigkeit, eine unerfälschte Begierde des Wissens, der Lust, mehr noch am Trachten nach der Wahrheit, als an der Wahrheit selbst, die unermüdbare Dialektik, die jede Frage lehrte und wandte, bis ihre geheimsten Falten offenlagen, die Gleichgültigkeit gegen die eigene Leistung, sobald sie einmal vollbracht war, die großartige Verachtung aller weltlichen Güter, der Haß gegen die Unterdrücker und die Liebe zu allen Unterdrückten, die unüberwindliche Abneigung gegen die Großen der Welt, die stete Kampfbereitschaft gegen das Unrechte, die immer beschreibene und immer stolze Haltung in dem verheerenden Kampfe mit dem Elend der politischen und sozialen Zustände — alles das, und wie manches Erhebende und Erquickende noch tiefer liegt sich in Lessings Briefen und Schriften...«

H. Wilhelm

Lohnsteuererstattungen für 1928.

Die Frist zur Einreichung der Erstattungsanträge läuft vom 1. Januar bis zum 31. März 1929. Zur Vermehrung von Geschäftskontingenzen bei den Finanzämtern empfiehlt es sich aber, die Anträge nicht vor dem 21. Januar 1929 einzureichen, denn die Entscheidung über die Anträge muß regelmäßig bis zu dem Zeitpunkt zurückgestellt werden, bis zu dem die Steuerabzugsbelege des Antragstellers vorliegen. Diese Belege (Steuerkarte, Ueberweisungsblätter) müssen vom Arbeitgeber bis zum 15. Januar dem Finanzamt eingereicht und dann dem Erstattungsantrag beigelegt werden.

1. Wer kann einen Erstattungsantrag für 1928 stellen?

Jeder Arbeitnehmer, der für das Kalenderjahr 1928 nicht zur Einkommensteuer veranlagt wird, sofern er im Kalenderjahr 1928 mindestens 1 Mark Lohnsteuer entrichtet hat und einer der unter 2 bezeichneten Erstattungsgründe vorliegt. Nicht veranlagt werden die Arbeitnehmer, die nur Arbeitslohn im Betrage von nicht mehr als 9200 Mark bezogen haben, und die Arbeitnehmer, deren Gesamteinkommen (Einkommen) 6000 Mark nicht übersteigt, wenn in diesem Gesamteinkommen außer Arbeitslohn noch sonstiges Einkommen von nicht mehr als 500 Mark enthalten ist.

2. Aus welchen Gründen kann ein Erstattungsantrag gestellt werden?

1. Wenn infolge Verdienstausfalls, zum Beispiel teilweiser Arbeitslosigkeit, Krankheit, Aussperrung, Streik, Kurzarbeit, der steuerfreie Lohnbetrag von regelmäßig 1200 Mark und die nach dem Familienstand freibleibenden Beträge (also zum Beispiel bei einem Lebigen 24 Mark, bei einem Verheirateten ohne Kinder 28,40 M., bei einem Verheirateten mit einem Kind 28,80 M. wöchentlich usw.) im Laufe des Jahres 1928 nicht voll berücksichtigt worden sind.

2. Wenn im Jahre 1928 die Leistungsfähigkeit durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse wesentlich beeinträchtigt worden ist, zum Beispiel im Falle außerordentlicher Belastung durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder, mittellose Angehörige, Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle, und dies nicht schon durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags beim Steuerabzug berücksichtigt worden ist.

3. Wenn ohne Vorliegen der unter 1 und 2 bezeichneten Voraussetzungen im Jahre 1928 vom Arbeitslohn Steuerabzugsbeträge einbehalten worden sind, obwohl der Arbeitslohn weniger als die im Einkommensteuergesetz vorgesehenen Freibeträge ausgemacht hat. Diese Freibeträge auf das Jahr umgerechnet ergeben sich aus nachstehender Tabelle:

Anzahl der Kinder	Freibeträge bei Arbeitnehmern mit Ehefrau	Freibeträge ohne Ehefrau
1	1440 M.	1200 M.
2	1680 M.	1560 M.
3	2160 M.	2040 M.
4	2880 M.	2760 M.
5	3840 M.	3720 M.
6	4800 M.	4680 M.
7	5760 M.	5640 M.
8	6720 M.	6600 M.

3. Wo muß der Erstattungsantrag gestellt werden?

Bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 10. Oktober 1928 seinen Wohnsitz gehabt hat.

4. Wie muß der Antrag gestellt werden?

1. Bei Verdienstausfall (oben 2, Abs. 1) durch genaue Ausfüllung eines besonderen Antragvorbruchs.

2. Beim Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse (oben 2, Abs. 2) muß der Antrag enthalten:

a) eine eingehende Darlegung der besonderen Verhältnisse, auf die der Antrag gestützt wird, unter Angabe der Höhe der besonderen Aufwendungen und Befreiung von Belegen (zum Beispiel Rechnungen);

b) die Angaben, wo der Antragsteller am 10. Oktober 1927 und am 10. Oktober 1928 gewohnt hat. Wieviel der Antragsteller und seine Ehefrau außer Arbeitslohn noch an sonstigen Einkommen (zum Beispiel aus Landwirtschaft, Vermietung und Verpachtung, einschließlich des Wertes der Wohnung im eigenen Hause, Gewerbebetrieb, Zinsen, Renten) bezogen haben.

5. Welche Unterlagen müssen beigelegt werden?

1. Die Steuerkarte 1928, wenn sie nicht vom Arbeitgeber dem Finanzamt unmittelbar eingereicht worden ist. Sofern für den Steuerabzug Steuermarken verwendet worden sind, sind die Einkommensbogen, die im Kalenderjahr 1928 zum Einlösen und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, oder eine Bescheinigung des Finanzamts über die bereits erfolgte Ablieferung dem Antrag beigelegen.

2. Bescheinigungen der Arbeitgeber (zum Beispiel Durchschriften der Lohnsteuerüberweisungsblätter), aus denen die Höhe des Arbeitslohnes und die einbehaltenen Lohnsteuer hervorgehen.

3. Im Falle des Verdienstausfalls infolge Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, infolge Aussperrung, Aussperrung oder Aussperrung die Gewerkschaftsbescheinigung der Gewerkschaften, infolge Aussperrung der Gewerkschaften infolge eines Berufsverbandes.

4. Im Falle des Vorliegens besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse Rechnungen und sonstige geeignete Belege.

Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland.

Im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, hat B. Grunewald den ersten Band „Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland“ erscheinen lassen. Das in klarer und verständlicher Weise geschriebene Werk gibt mannigfaltige Einblicke in die Entstehungszeit sowie auch in das Wesen der russischen Gewerkschaften. Mit wachsendem Interesse verfolgt man das zielstrebigere Vorgehen einzelner Arbeitergruppen bei Gründung und Weiterentwicklung ihrer Organisation. Bewundernswürdig ist die Opferbereitschaft, die einzelne Berufe an den Tag legen bei Arbeitskämpfen in anderen Betrieben, um ihre Solidarität zu betonen. Wenn man in der bürgerlichen Literatur den russischen Arbeiter nur als Wuttrinker kennen lernte, so erfährt man hier, von wem großem Bildungshunger auch der russische Industriearbeiter befeuert ist. Gründungen von Gewerkschaftsbüros stehen gleich neben der Gründung der Gewerkschaften überhaupt und erfreulicherweise ist auch eine starke Inanspruchnahme zu verzeichnen. Aber nicht nur Gründung und Aufschwung werden gezeigt, sondern auch Widerstände und Rückschläge, mit denen die Arbeiter zu kämpfen hatten. Es ist interessant zu finden, daß die reaktionären Widerstände in Rußland gewisse Parallelen mit den Erscheinungen in Deutschland und anderen Ländern aufweisen. Die Bekämpfungsmethoden, das Vorgehen der Polizei und Behörden war dort wie in fast allen Ländern. Abtreibung der Tagelöhner, Beschlagnahme der Einrichtungen, sogar Vernichtung der Bibliotheken, Mäherverbot bei Verhandlung verschiedener Themen usw. Der Kampf zwischen Partei und Gewerkschaft ist eines der beachtenswertesten Kapitel. Das Werk, das in jeder Gewerkschaftsbibliothek gehört, darf auch auf einen Ehrenplatz in privaten Bibliotheken Anspruch erheben.

Eine große Kundgebung für die Bergarbeiterrechte

soil vom 20. bis einschließlich 22. März 1929 die Betriebsrätewahl im gesamten Bergbau

werden. Wir bitten unsere Funktionäre, schon heute mit der Vorarbeit zu beginnen, damit diese Kundgebung, die in der Wahl der Listen des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands liegt, einen vollen Erfolg bringt.

Schlechte Beispiele verderben gute Sitten.

Ein Beamter, der Bergleute beleidigt, muß es sich gefallen lassen, wenn man ihm in gleichem Maße antwortet.

Die Sprache im Bergbau ist geradeaus und herb. Keine Geziertheit und gehuchelte Freundlichkeit ist zu finden. So hart und rau wie die Arbeit ist auch die Sprache und Umgangsform. Jeder sagt das, was er denkt und hält nicht mit seiner Meinung hinter dem Berge. Der Mann, der ein offenes Wort liebt, ist der wirkliche Kamerad. Doch das war einmal. Heute ist es längst anders geworden. Mit dem Einzuge der vielen Fremden in den Ruhrbergbau ist die Liebeskammer und falsche Freundlichkeit der Beamten gegenüber eingezogen. Auch die Veränderung des Beamtenkörpers hat viel dazu beigetragen. Besonders in der Nachkriegszeit sind Personen als Beamte in den Bergbau gekommen, die in dem Bergmann einen Menschen sehen, den man nach Belieben mit allen Rosenvorten des Schimpflegions bedenten kann. Er ist ja nur ein Bergmann und soll froh sein, wenn er überhaupt noch für den Kapitalismus arbeiten darf. Gerade in der augenblicklichen Zeit, wo viele Kameraden arbeitslos auf der Straße liegen, glaubt man berechtigt zu sein, dem Arbeiter alles Mögliche bieten zu können. Werden diese Vertreter des Herrim-Gaule-Standpunktes oder mal selbst durch ein derbes Wort in ihrer vermeintlichen Ehre getroffen, dann ist das ein Verstoß wider die Autorität des geheiligten Kapitalismus und der Uebelthäter fliegt aufs Straßenvorplatz. Die Landgabe dazu bietet § 82 Ziffer 5 des Allg. Berggesetzes, der in Ziffer 5 folgendes besagt:

„Vor Ablauf der vertragmäßigen Arbeitszeit und ohne Aufkündigung können Bergleute entlassen werden, wenn sie sich Tätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Bergwerksbesitzer, dessen Stellvertreter oder die ihnen vorgesetzten Beamten oder gegen die Familienangehörigen derselben zuschulden kommen lassen.“

Der Bergarbeiter hat nach dem gleichen Gesetz das Recht, die Arbeit einzustellen, falls er von einem Beamten gröblich beleidigt wird. Das ist aber eine Kuriosität. Man gewährt dem Arbeiter, wenn er durch einen Beamten beleidigt wird, mit großer Wertschätzung das Recht, sich selbst die Strafe aufzuerlegen, die er erhält, wenn er infolge Beamtenbeleidigung bestraft wird. Dieses eine Argument dürfte zur Genüge die Sinnlosigkeit dieses Gesetzes kennzeichnen. Um so erfreulicher ist es, wenn sich nun endlich ein Arbeits- und Landesarbeitsgericht zu einem anderen Urteil aufgegriffen hat. Der Sache liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Der Arbeiter F., aus der Schachtanlage de Wendel beschäftigt, ist am 17. Juli 1928 fristlos entlassen worden, weil er sich in einen Streit des Arbeiters H. mit dem Betriebsführer der Schachtanlage hineingemischt habe. Er soll im weiteren Verlauf der Sache dem Jahrsieger Theisen zugerufen haben: „Du Lump“ oder „Du Hund, in der Grube schläfst Du und hier willst Du andere Leute schikanieren und auf die Straße setzen!“ Auch habe er den Versuch gemacht, in das Jahrsiegerzimmer einzudringen.

Auf Grund dieser Äußerung und seines Vorgehens wurde F. fristlos entlassen. Der Arbeiter H. legte Einspruch gegen die fristlose Entlassung des F. ein, so daß sich das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht mit dieser Angelegenheit befassen mußten. Das Landesarbeitsgericht hat die Entlassung als ungerechtfertigt. Die von der Verwaltung der Werke de Wendel eingelegte Berufung beim Landesarbeitsgericht Dortmund wurde ebenfalls kostenpflichtig zurückgewiesen mit folgender Begründung:

Das Landesarbeitsgericht nimmt als erwiesen an, daß der Arbeiter F. die Worte: „Du Lump“ oder „Du Hund“ gebraucht hat. Dem steht aber gegenüber, wie durch Zeugen bewiesen wurde, daß der Beamte Theisen selbst beleidigende Worte, wie: „Schweinehund“, „Dämlicher Hammel“, „Dreißiges Schwein“ oder „Dreißiges U...loch“, „Faulpolz“ gebraucht hat. Er darf sich also nicht wundern und beleidigt fühlen, wenn ihm seine eigenen Worte wieder zurückgegeben werden. Das Berufungsgericht führt dazu nachfolgende bemerkenswerte Worte aus:

„Das Berufungsgericht steht auf dem Standpunkt, daß ein Vorgesetzter auch seinen Untergebenen gegenüber solche beleidigenden Worte nicht gebrauchen darf und daß er, falls er das tut, sich nicht wundern kann, wenn auch diese Untergebenen in der Erregung ihm gegenüber ähnliche Worte gebrauchen, selbst wenn dies nicht eine unmittelbare Erwiderung auf seine Beleidigung ist. Ein Vorgesetzter, der für sich Achtung und Disziplin verlangt, darf selbst nicht die Disziplin durch sein Verhalten untergraben. Hat er dies getan, so ist eine solche, in der Erregung ausgesprochene einmalige Mißachtung keine große Beleidigung im Sinne des § 82 Ziffer 5 Allg. B. G. und kann keinen Grund zur fristlosen Entlassung bilden. Denn wenn auch dem Arbeitnehmer an sich das Recht zusteht, bei solchen Beleidigungen, durch einen Vorgesetzten das Vertragsverhältnis fristlos zu lösen, so ist er doch zur Ausübung dieses Rechtes wirtschaftlich meist nicht in der Lage, da er auf den Verdienst zu seinem Lebensunterhalt angewiesen ist. Es wird ihm also tatsächlich nichts anderes übrig bleiben, als diese Beleidigung, wenn auch vielleicht voll Wut, hinzunehmen. Wenn nun dieser Wut und der Unmut über die Beleidigung später dadurch zum Ausdruck kommt, daß er sich ebenfalls hinstellen läßt, so ist dies eine Folge des früheren Verhaltens des Vorgesetzten und kann bloß diesem und nicht dem Arbeitnehmer zugerechnet werden. Diese Grundfälle müssen auch gelten, wenn ein Untergebener nicht selbst früher von dem Vorgesetzten beleidigt worden ist, dieser vielmehr andere Leute wiederholt und mehrfach mit ähnlichen Worten beleidigt hat; denn er hat dann eben die in der Arbeitergesetz bestehende Erlaubnis durch sein Verhalten hervorgerufen.“

Hoffentlich genügt dieses Urteil, um den Beamten etwas bessere Umgangsformen beizubringen. Die Arbeiter sollten aber reiflich erkennen, daß nur eine starke und geschlossene Organisation der Bergarbeiter dafür sorgen kann, daß ihnen mehr Recht und Menschlichkeit zuteil wird. Der Kapitalist sieht in dem Arbeiter nur ein Ausbeutungsobjekt. Darum muß allgemein jeder darauf hinwirken, daß sämtliche Bergarbeiter in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands kommen.

Verwaltungstechnik der Bergmannswohnstätten-Gesellschaft im Braunkohlenbezirk Borna-Grüna.

Der Verwaltungsrat und besonders die Geschäftsführung der Gesellschaft läßt viel zu wünschen übrig. Im Verwaltungsrat sitzen fünf Arbeitgeber und fünf Arbeitnehmer. Unter den Letzteren befinden sich zwei Angestellte, die mit den Arbeitgebern durch die Wirt gehen, so daß in Wirklichkeit ein Stimmenverhältnis von 7 zu 3 besteht. Weil die Bergmannswohnstätten-Gesellschaft (B.W.G.) auch eine soziale Einrichtung ist, präferieren die Arbeitgeber Herrn Paul Ehrhardt, der Syndikus des Arbeitgeberverbandes ist, als ehrenamtlichen Geschäftsführer, damit die B.W.G. nicht zu sehr belastet würde. Der Verwaltungsrat war damit einverstanden. Mit des Geschäftes Mächten aber ist kein ewiger Bund zu schließen, und mit den Arbeitgebern des hiesigen Bezirkes auch nicht, denn für die ehrenamtliche Tätigkeit werden Herrn Ehrhardt jährlich 8500 Mark gezahlt. Nun hat der Syndikus noch einen Buchhalter, der vom Bergbauischen Verein angestellt ist, aber schon lange Zeit das Gehalt zu zwei Dritteln von der B.W.G. bezieht. Ein Buchhalter muß nun natürlich noch einen Schreiber haben, der die Arbeit macht. Auch dieser wird von der B.W.G. bezahlt und es gehört sich so, daß auch ein Tippfräulein vorhanden ist, ebenfalls auf Kosten der B.W.G.

Daß der ehrenamtliche Geschäftsführer in ganz kurzer Zeit schon das zweite Auto im Dienst der B.W.G. gekauft hat, davon darf man nicht reden, das ist ja „standesgemäß“. Für diese kleinen Ausgaben, die die B.W.G. für diese ehrenamtliche Tätigkeit hat, werden aber auch die notwendigen Geschäfte in den Räumen des Bergbauischen Vereins geführt. Nun wäre es doch interessant, zu erfahren, wieviel Mietentwässerung gezahlt werden muß, denn diese Ausgaben, die die B.W.G. hätte noch die Miete für den Arbeitgeberverband aufzubringen. Vielleicht äußert sich mal der Verwaltungsrat darüber.

Von der B.W.G. sind nun im verfloßenen Jahre 25 Neuwahlungen errichtet worden. Die Wähler zur Errichtung der

Wohnungen sind zum größten Teile vom Landesarbeitsamt zur Verfügung gestellt worden, es sind also öffentliche Gebäude. Durch die Errichtung der Bergmannswohnungen soll der Bedarf erreicht werden, dem Bergbau Nachwuchs zu erhalten, ohne den einzelnen Arbeiter jedoch in seiner Freizügigkeit zu behindern. Er muß im Bornaer Braunkohlenbezirk arbeiten, wenn er eine Wohnung von der Siedlungsgesellschaft erhalten hat. Eine bestimmte Beschränkung, wo er arbeiten muß, ist nicht vorgeschrieben laut Richtlinien des Landesarbeitsamts.

Der Syndikus, Herr Ehrhardt, scheint aber andere Richtlinien erlassen zu haben, denn: „Wenn ein Arbeiter auf einem Werk eine Wohnung erhalten hat, dann bekommt er auf einem anderen Werk innerhalb des Bornaer Bezirkes keine Arbeit.“ So erklärte der Direktor der Sächsischen Werke in Wöhlen einem Arbeiter. Wörtlich sagte er ihm, er dürfe ihn nicht einstellen, weil er eine Wohnung auf dem Bornaer Werk erhalten habe auf Grund der Richtlinien des Bergbauvereins. Es ist noch erwähnt, daß die Wohnungen auf den einzelnen Werken prozentual verteilt wurden. Wo bleibt hier die Freizügigkeit der Arbeiter? Der einzelne ist also, wenn er eine Wohnung von der Siedlungsgesellschaft erhalten hat, an ein Werk gekettet, und wenn er noch so schillert wird. Wie oft man einen Arbeiter aus dem Betrieb heraus, was hier in Borna sehr oft vorkommt, dann verliert er das Recht auf eine Siedlungswohnung und der Syndikus als ehrenamtlicher Geschäftsführer sorgt schon dafür, daß der Arbeiter alsbald auch ohne Wohnung das Werk verläßt. Schreckensjahren haben sich deshalb hier schon abgespielt. Geld zum Prozeßführen scheint man auch nicht. So verpulverte der Syndikus 1000 Mark wegen einer Wohnung, um einen Arbeiter, der den Herren im Betrieb unangenehm geworden war, auf die Straße setzen zu können. Auf Grund einer Entscheidung des Landesarbeitsgerichts konnte der Arbeiter in seiner Wohnung verbleiben, aber die BWS war wieder mal 1000 Mark los.

Bei der Vergabe der jetzigen Wohnungen hat man wieder Gleichgültigkeit vollbracht. Die Arbeitgeber versuchten mit aller Gewalt, die Gelben zu bevorzugen. Der Direktor der BWS erklärte im Verwaltungsrat, daß diejenigen Arbeiter, die 1927 gestreikt hätten und nicht der Berggemeinschaft angehört hätten, keine zuverlässigen Arbeiter seien. Im Interesse des Wertes dürften diese keine Wohnungen erhalten. Zum Befragen die Richtlinien des Reichsarbeitsamts: „Ein Wohnungsantrag ist nur gültig und nur berücksichtigt werden, wenn er von der Werkleitung und der Betriebsvertretung unterschrieben ist und dem Landesarbeitsamt zur Genehmigung vorgelegt hat. Es sollen die Familienmitglieder und diejenigen, die in den Wohnungen wohnen und ihre Familie auswärtig haben, in ausgiebiger Weise bei Vergabe der Wohnungen berücksichtigt werden. Daran fügen sich die Herren der Arbeitgeber und der Geschäftsführung nicht. Auf der Grube Breunsdorf wurden die Anträge vom Betriebsrat nicht unterschrieben, auch haben die Anträge dem Landesarbeitsamt zur Genehmigung nicht vorgelegt. Trotzdem gab die Geschäftsführung die Genehmigung, daß in der Siedlung in Breunsdorf vier „zuverlässige“ Arbeiter einzogen, mit anderen Worten: vier Berggemeinschaftler. Was den Richtlinien des Landesarbeitsamts geht nicht hervor, daß die Wohnungen, die von der BWS errichtet werden, dazu dienen sollen, um ein Mittel zur Rückführung von Gelben zu haben.

Es ist an der Zeit, daß sich das Arbeitsamt Borna mal ein wenig mit dieser Angelegenheit befaßt und auch das Landesarbeitsamt auf diese unhaltbaren Zustände aufmerksam wird.

Braunkohlenarbeiter! Siedler! Wollt ihr euch dieses Spiel noch länger gefallen lassen? Nehmt in euren Versammlungen Stellung zu dieser Angelegenheit, denn es geht nicht an, daß die Geschäftsführung ohne weiteres den Mietpreis um 25 bis 30 Prozent erhöht. Hier steht ihr abermals das Doppelte. Soll es eine Lohnhöhung geben, dann kommt Herr Ehrhardt als Syndikus vom Arbeitgeberverband und will euch noch nicht einmal 1/3 Prozent zugestehen, zehn Minuten später handelt er als Geschäftsführer der BWS und erhöht den Mietpreis um 30 Prozent, wozu er als Geschäftsführer keine Berechtigung hat. Kann solch eine Geschäftsführung noch euer Vertrauen besitzen? Selbst und sorgt mit dafür, daß ihr einen unabhängigen Geschäftsführer bekommt, und nicht, wie es jetzt der Fall ist, einen Syndikus.

1500 Unfälle 1928 im Borna-Grimmaer Kohlenrevier.

Im Jahre 1928 sind rund 1500 Unfälle bei einer Gesamt-Belegschaftsziffer von 7000 Mann vorgekommen. 100 Unfälle sind nicht als direkte Betriebsunfälle anzusehen, diese verteilen sich zum größten Teil auf die Berufsunternehmungen und auf den Weg zur Arbeit. So bleiben doch immer noch 1400 Betriebsunfälle, das sind 20 Unfälle mehr als im Jahre 1927. Unter den Unfallverletzten sind 10 Todesfälle zu verzeichnen. Diese Zahl ist und wirkt erschreckend für alle diejenigen, die in der Braunkohlenindustrie beschäftigt sind. Von den 24 Grubenverwaltungen seien nur Dora und Selene (Großhöffen) sowie die Wühner Kohlenwerke herausgehoben. So sind auf der ersten 129 und auf der zweiten bei einer Belegschaft von 580 Mann 151 Arbeiter zu Schaden gekommen. Unter den Braunkohlenarbeitern wird jenes Werk wohl mit Recht „Knochenmühle“ genannt, denn jeder vierte Mann hat im verfloffenen Jahre dort einen Unfall erlitten. Auf diesen beiden Werken werden auch die meisten Ueberstunden geleistet. Ob dieses wohl nicht im Zusammenhang mit der hohen Unfallziffer steht? Auf Dora und Selene wurde der Werkleitung nachgewiesen, daß Arbeiter 36 Stunden hintereinander gearbeitet haben. Wenn man das Antreibesystem und die Zustände, wie sie auf den einzelnen Werken liegen, in Betracht zieht, scheint einem die hohe Unfallziffer verständlich. Diese Verhältnisse, die zu solchen Ergebnissen führen müssen, lassen sich abschaffen. Nur dadurch würde es unserer Ueberzeugung nach möglich sein, Unfälle zu verhüten sowie die einzelnen Familien vor Elend zu bewahren.

Sichert schwere Leitungen!

Auf der Schächelanlage Sachsen verunglückte der Kamerad Klotz dadurch, daß eine 250 Millimeter breite Luftleitung abriß und ihn unglücklich traf. Es wäre zu fordern, daß derartige Leitungen nicht aufgehängt werden dürfen, sondern auf der Sohle liegen müssen. Das Mindeste aber ist, daß dieselben von Zeit zu Zeit auf ihre Zuverlässigkeit geprüft werden, um ähnliche oder gar größere Unglücke vermeiden zu können.

Aber auch vom rein menschlichen Standpunkt aus gesehen verliert dieses Vorgehen der französischen Grubenverwaltung außerordentlich wenig nobel. Man hätte von so prominenten Vertretern der „grande nation“ wohl eine großzügigere Stellungnahme erwarten dürfen. Wenn die Segnungen der französischen Kultur, die man dem Osten, die man insbesondere dem Rheinland und der Saar bringen zu müssen glaubte, sich darin bestehen sollten, daß man den deutschen Bergleuten der Saar die Teilnahme an Bildungskursen verweigert, die im Grunde genommen die größte Hochachtung seitens der Grubenverwaltung verbieten, so fehlt uns allerdings für diesen Ausdruck französischer Kultur gänzlich das Organ und das Verständnis.

Wir sind Freunde, wärmste Bekundeter und aktivster Beförderer einer deutsch-französischen Verständigungspolitik. Wir wissen nicht, ob alle Leute in der französischen Grubenverwaltung das mit uns wollen. Aber denen, die es wollen, dürfen wir sagen: Dieser Weg der Verbote für die Bildungsarbeit ist der falsche und ungeeignete, die Verständigung zu fördern.

Vergütung des Lohnverlustes bei der Ausübung des Amtes als Schöffe.

Im Saargebiet besteht in der Vergütung des Lohnverlustes bei Ausübung des Amtes als Schöffe beim Gericht zweierlei Recht. Es liegt ein Urteil des Berggewerbegerichts Wölklingen vor, nach welchem die vom Gericht gewährte Aufwandsentschädigung als Lohnersatz anzusehen sei. Das Berggewerbegericht Sulzbach dagegen verneint diesen Zusammenhang. Die Grubenverwaltung steht eine Klärung in der Angelegenheit dann, wenn drei Berggewerbegerichte von den vier vorhandenen gegen die Auffassung des Wölklinger Richters votieren.

Das Berggewerbegericht, Spruchkammer Saarbrücken, hat nun in einem solchen Fall am 28. Dezember der Klage des Bergmanns B. aus Dudweiler, vertreten durch unseren Verband, die Grubenverwaltung verworfen, dem Kläger die Schöffe, welche er als Schöffe zu feiern gezwungen war, zu vergüten. Damit hat sich die Spruchkammer Saarbrücken dem Urteil des Berggewerbegerichts Sulzbach angeschlossen.

Dem Berggewerbegericht, Spruchkammer Neunkirchen, liegt vom Verband ebenfalls ein Fall zur Entscheidung vor, der hoffentlich bald erledigt wird, da eine Anzahl Bergarbeiter infolge der widersprechenden Urteile Anspruch auf mehrere Schichten haben.

Eigentlich sollte der Grubenverwaltung die Entscheidung der drei Gerichte Sulzbach und Saarbrücken genügen, da auch durch ein Gutachten eines Landgerichtsdirektors und der Justizabteilung der Regierungskommission bereits die Auffassung des Verbandes, daß Aufwandsentschädigung keine Lohnvergütung darstellt, bestätigt wurde.

Vom Saarnapfchaftsverein.

Sanierung der Saarnapfchaft.

Der Ehrengauschuß des Saarnapfchaftsvereins beschäftigte sich mit der Sanierung der Rentionsklasse des Saarnapfchaftsvereins. Der Vorschlag der Verwaltung sieht einen Zuschuß für die Rentionsklasse A für das Jahr 1928 von 13 Mill. Fr. vor unter der Voraussetzung, daß die Belegschaftsziffer und die Zahl der Leistungsempfänger die gleiche bleibt. Für das Jahr 1929 wird das gleiche Verhältnis mit einem erhöhten Zuschuß von 2 Mill. Fr. gerechnet.

Der Vertreter der Grubenverwaltung hat in seiner Berechnung diese Zahl ebenfalls annähernd erreicht. Die Grubenverwaltung glaubt, daß sich die Belegschaft im Laufe des Jahres um 1000 vermehren läßt, so daß dadurch eine bestimmte Mehreinnahme erzielt wird. Zur Deckung des Defizits hält die Saarnapfchaftsverwaltung eine Beitragserhöhung von 10 Fr. für jede Seite für notwendig. Die Aufsichtsbehörde ersucht um Prüfung, wo Ersparnisse in den Ausgaben gemacht werden können. Zur Sanierung der Rentionsklasse schlägt der Arbeitgeber vor:

1. den Beitrag um 4,95 Fr. für jede Seite zu erhöhen. Damit würde sich der monatliche Beitrag auf 48 Fr. für jede Seite stellen. Durch diese Beitragserhöhung würden etwa 7 Mill. Frank von dem Fehlbetrag gedeckt werden. Der Arbeitgeber rechnet mit einer Erhöhung der Belegschaft auf 59 000, welches eine weitere Verminderung des Fehlbetrages bedeutet.
2. Weitere 4,75 Mill. Fr. könnten eingebracht werden durch Beseitigung von Doppelleistungen. Der Arbeitgeber schlägt dazu vor: an Stelle des bisherigen Wartegeldes von 48 Fr. monatlich einen Grundbeitrag von jährlich 924 Fr. treten zu lassen und diese bei Eintritt der Invalidität zum Nutzen zu bringen. Auch bei dem Waisengeld soll beim Bezug der Waisenteile der Saarnapfchaftsbeitrag zum Nutzen kommen.

Der Vorsitzende, Direktor Massing, bezeichnete diesen Vorschlag als das Neueste, was der Arbeitgeber aufbringen könnte. Sollten ihm weitere Lasten zugemutet werden, so könnte seine wirtschaftliche Lage das nicht ertragen und würde er in die Lage versetzt werden, weniger rentable Gruben stillzulegen und weitere Belegschaftseinsparungen vorzunehmen.

Die Arbeitervertreter lehnten den Arbeitgebervorschlag ab, da er einerseits den Fehlbetrag nicht deckt und andererseits bei einer Beitragserhöhung ein gleichzeitiger Leistungsabfall nicht tragbar ist. Da eine Verständigung zwischen beiden Parteien nicht erzielt wurde, wird die Entscheidung für die Sanierung der Saarnapfchaftsrente der Aufsichtsbehörde, dem Oberbergamt, überwiesen.

Radioanlagen für Krankenhäuser.

Der Saarnapfchaftsvorstand nimmt einer Anlage zu, die Tagerräume der Krankenhäuser mit einer Radioanlage zu versehen.

Steuererleichterungen.

Die Saarnapfchaftsverwaltung hat einer Anregung des Ehrengauschusses zufolge an die Regierungskommission einen Antrag gestellt, die Steuererleichterung für Schwerbeschädigte, Unfall- und Sozialrentner auf sämtliche Saarnapfchaftspensionäre auszu dehnen.

Auszahlung der Nachzahlung.

Die Saarnapfchaftsverwaltung ist zurzeit damit beschäftigt, die Umrechnung der Rentenbescheide der Invalidenversicherung vorzunehmen, nach welcher bekanntlich eine Nachzahlung ab Nov. 1927 an die Rentenbezieher erfolgt. Die Verwaltung glaubt, daß als frühester Termin bis zur endgültigen Berechnung der 1. März 1929 in Frage kommt, und vertritt die Ansicht, daß es aus Zweckmäßigkeitsgründen notwendig erscheint, die Rentenbescheide geschlossen herauszugeben. Der Vorstand stimmt diesem Antrag zu, so daß damit zu rechnen ist, daß Anfang März die Nachzahlungen zur Auszahlung kommen.

Dienstkleidung.

Die Wärtner der Saarnapfchaftskrankenhäuser sollen eine einheitliche Dienstkleidung erhalten, um dadurch den Besuchern der Krankenhäuser die Möglichkeit zu geben, sich bei der notwendigen Auskunft wegen Anfringung der Kranken zurecht zu finden.

Aus dem Saargebiet.

Zur Ablehnung des Lohnstillschließens.

Selbst die Inspektions-Chefs der einzelnen Berginspektionen sind für einen Lohnstillschließungsvertrag.

Die Organisationen hatten die Arbeiterausschüsse angewiesen, in einer einberufenen außerordentlichen Sitzung im Auftrage der Belegschaft das Lohnstillschließungsvertrag abzulehnen. Die Ingenieure der einzelnen Gruben sehen das Vorgehen der Direktion selbst als ungerecht an und sind für eine vertragliche Regelung der Löhne. Nachstehende Antwort wurde den Arbeiterausschüssen durch die Inspektions-Chefs schriftlich zu der Lohnfrage ausgehändigt:

„Neunkirchen, den 29. Dezember 1928.
An die Arbeiterausschüßmitglieder des Steinkohlenbergwerks König.

Dem von den Mitgliedern des Arbeiterausschusses gestellten Antrag auf Abhaltung einer außerordentlichen Sitzung über die Lohnfrage kann nicht stattgegeben werden. Wenn auch die Arbeiterausschüsse das Recht haben, Anträge, Wünsche und Beschwerden, die sich auf die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse beziehen, vorzubringen, so ist durch die neue Entwicklung darunter die Behandlung der Lohnfrage im allgemeinen nicht mehr zu verstehen. Diese Angelegenheit ist nach dem Kriege auf die Organisationen übergegangen und § 22 der neuen Arbeitsordnung bestimmt ausdrücklich, in Verbindung mit § 6 des Mantelkaristvertrages, daß nach dem Durch dieses Mantelkarist die Organisationen als die berechtigten Vertreter der Belegschaft anerkannt sind, die Löhne durch die Generaldirektion zu Saarbrücken nach Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen, oder vorzugsweise nach tariflichen Abmachungen, für den ganzen Bezirk einheitlich festzusetzen sind.

Da es sich somit um eine den ganzen Bezirk betreffende Frage handelt, ist die Inspektion nicht in der Lage, mit den einzelnen Arbeiterausschüssen darüber zu verhandeln.

Der 2. Punkt der Tagesordnung „Verständenes“ entspricht nicht dem § 30 Abs. 2 der Bestimmungen betreffend Sicherheitsmänner und Arbeiterausschüsse. Wir bitten Sie daher, die Fragen anzugehen, die Sie zu behandeln wünschen. (Unterschrift.)

Diese Antwort enthält die irrtümliche Auffassung der Ingenieure, daß die Ausschüßmitglieder über die Lohnhöhe verhandeln wollten. Dieselben wollten nur protestieren.

Die Lage auf den Saargruben.

Die Parole der Forderung der Bergbauindustriellen wird im ganzen Saargebiet auf ihre Gruben befolgt, so daß fast nirgends ein Gehaltsstillschließungsvertrag zu sehen ist. Die Grubenverwaltung versucht nun, nachdem ein Gehaltsstillschließungsvertrag durch die Kameradenschaft nicht gelangt wurde, das Gehänge zu bittieren, was nachstehender Aufsatz auf den Gruben besagt:

„Division: Reden-Flamm.

Belastungsmachung an die Belegschaft.
Während die Gehänge (§ 25 der AO) bisher nach Artikel 2 des Lohnstillschließungsvertrages (1. 8. 28) auf der Grundlage von 10 Fr. abgeschlossen wurden und vom 1. 1. 29 ab infolge Umänderung der bisherigen Lohnberechnung auf einer Grundlage von 20 Fr. abzuschließen sind, wird den Gehängearbeitern folgendes bekannt gemacht:

„Wo die Arbeitsverhältnisse sich nicht geändert haben und wo infolgedessen die Gehänge als am bestimmtesten Zeit abgeschlossen sind, sind die für Dezember 1928 abgeschlossenen Gehänge als unberührt anzusehen und werden lediglich mit 3 (Drei) Millifran-

giert. Kameradschaften, welche eventuell mit ihrem Gehänge nicht einverstanden wären, können immer von den Bestimmungen des § 25 der Arbeitsordnung Gebrauch machen.

Reden-Flamm, den 1. Januar 1929. (Unterschrift.)
Dieser Anschlag ist rechtsgültig, da die Grubenverwaltung nicht in der Lage ist, den Kameradschaften ein Gehänge aufzuzwingen, sondern dasselbe nach der Arbeitsordnung vereinbart werden muß.

Rückgang der Förderung um 30 Prozent.

Nachdem ein Gehängeschluß nirgends zustande gekommen ist, arbeiten die Bergarbeiter für den Mindestlohn und dementsprechend ist auch die Leistung. Damit ist die Förderung gesunken. Der Rückgang der Förderung beträgt im Durchschnitt 25 bis 30 Prozent. Die bergpolizeilichen Bestimmungen werden von den Belegschaften, wie es notwendig ist, befolgt.

Die Rache der Grubenverwaltung.

Kleinliche Schlänenpolitik gegen die Bildungsarbeit unseres Verbandes. — Wo bleibt der Stolz der „grande nation“?

Wer schämt, hat Unrecht — und wer gehässig wird, beweist die Unhaltbarkeit seiner Position! Das scheint die Generaldirektion der französischen Grubenverwaltung des Saargebietes nicht bedacht zu haben, als sie dem Verband der Bergbauindustrieller mitteilte, daß sie etwa hundert Bergleuten den Urlaub zur Teilnahme an einem einwöchigen Bildungskursus des Verbandes in Weiskirchen und Airtel verweigere! Wir gestehen, daß wir eine solche Stellungnahme zunächst für unmöglich gehalten haben, haben uns dann aber davon überzeugen müssen, daß man seitens der französischen Grubenverwaltung mit solcher Nabelschlitzpolitik der Verärgerung über die von ihr selbst geschaffene Lage im Saargebiet Ausdruck geben will. Dieses Verbot der französischen Grubenverwaltung steht in unverständlichem Gegensatz zu der sonst zurückhaltenden und vornehmen Art des Generaldirektors Destine und seiner sonstigen Gepflogenheiten.

Zur Gegenfah zur französischen Grubenverwaltung hat die Verwaltung der Grube Frankholz in entgegengesetzter Weise auch diesmal wieder den Urlaub zu Bildungszwecken für die Bergleute bewilligt. Sie beweist dadurch ein größeres Verständnis für die Bedürfnisse des modernen Arbeiters, als es leider die französische Grubenverwaltung bei ihrem diesmaligen Bescheid getan hat.

Die abweisende Haltung der Grubenverwaltung ist um so bedauerlicher, als sie sich zur Bekanntgabe ihres Standpunktes an unseren Verband auf dessen Gesuch vom 15. Dezember erst vor wenigen Tagen entschließen konnte und dadurch die ganzen Vorberätungen des Verbandes für die Unterbringung der Bergleute (Werkplanung usw.) in losstieliger Weise durchkreuzte.

Ein moderner Unternehmer, der Produktionspolitik großen Stils zu machen verstände, würde von sich aus alles tun, um die von den Gewerkschaften mit vieler Mühe und großen Kosten durchgeführten Bildungskurse für die Arbeiterchaft im Interesse der gesamten Volkswirtschaft und der kulturellen Erziehung in jeder Weise zu unterstützen. Wir müssen gestehen, daß uns für ein solches Verbot der Bergwerksdirektion jedes Verständnis abgeht. Wenn man mit seinem Nachbarn in Unfrieden lebt, schmeißt man ihm nicht die Fenstersteine ein — aber ganz sicher hält man seinem Produktionspartner, mit dem man sich über Tarifverhältnisse nicht einig wird, deshalb nicht die Hand ab, mit der er der gemeinsamen Produktion nützen soll.

Kupferpreis und Kupfererzeugung.

Die laufenden Kupfermagnaten.

Die dauernden Kupferpreissteigerungen in den letzten Monaten des vergangenen Jahres haben zu einer starken Beunruhigung der Interessenten und Entrüstung der Öffentlichkeit geführt. Das internationale Kupferkartell kümmert sich aber wenig um die Folgen seiner Preispolitik. Es mißt die gute Konjunktur aus, die auf dem Kupfermarkt herrscht, und diktiert den Verbrauchern die Preise. Dies ist ihm jetzt um so leichter möglich, als die englische Konkurrenz heute fast bedeutungslos geworden ist. Für Deutschland bilden die fortwährenden Preissteigerungen eine schwere Gefahr, da es seinen Bedarf an Kupfer zu 80 Prozent aus dem Ausland decken muß. Als hauptsächlichste Verbraucher sind die Elektro- und Automobilindustrie anzusehen. Der mächtige Aufschwung der Elektroindustrie in den letzten Jahren hat dazu geführt, daß der Verbrauch an Kupfer im Jahre 1928 in Deutschland gegenüber dem Vorjahre um 17 Prozent gestiegen ist. Bei dem dauernd steigenden Bedarf ist die Frage der Bedarfsdeckung von sehr großer Wichtigkeit. Die Preisverhältnisse auf dem internationalen Kupfermarkt und Deutschlands Abhängigkeit von denselben spielen deshalb für die kupferverarbeitende Industrie und deren Konjunktur eine große Rolle. Da Deutschland nur geringe Kupfervorkommen aufzuweisen hat, wird seine Abhängigkeit vom Ausland in mehr oder minder großem Maße bestehen bleiben. Das größte Kupferlager in Deutschland befindet sich im Mansfelder Gebiet. Neben diesem Lager haben wir noch unbedeutende Vorräte an Kupfer im rheinischen Schiefergebirge und im Siegerland sowie die kupferartigen Schiefergesteine am Kyffhäuser, bei Ilmenau, bei Saalfeld, in Dessau und in Westfalen. Das Mansfelder Erz gibt sich von Esleben nach Bettstedt und hat eine durchschnittliche Mächtigkeit von 8 bis 20 cm. Außer dem Kupfer werden noch eine Menge anderer Produkte, wie Blei, Zink, Eisen, Silber bis zum Gold und Platin aus den Mansfelder Erzen gewonnen. Die Mansfelder Erze haben einen hohen Zinkgehalt, dessen Verwertung erst seit kurzer Zeit erfolgt. Der Mansfelder Kupferschieferbergbau selbst besteht schon seit dem 12. Jahrhundert. Er wurde in frühester Zeit durch selbständige Gewerkschaften, später durch die Mansfelder Kupferbau-Gesellschaft betrieben, die sich in der Nachkriegszeit zur Mansfeld A.-G. entwickelt hat. Heute produziert die Mansfeld A.-G. ca. 20 Prozent des deutschen Kupferbedarfs. Der Mansfelder Kupferbergbau hat deshalb für die deutsche Volkswirtschaft eine große Bedeutung. Die Entwicklung des Mansfelder Bergbaues ist aus der nachfolgenden Tabelle über Belegschaftszahl und Kupferproduktion zu ersehen:

Jahr	Belegschaft	Kupfer	Silber
1901	19 885	19 079 To.	93 131 Kg.
1905	20 843	19 877	101 289
1910	19 887	20 312	109 310
1915	21 052	20 178	107 086
1921	20 904	11 812	56 728
1926	16 000	21 212	104 722
1927	14 600	23 038	118 243

Durch die Rationalisierung und Zusammenlegung der Betriebe wurde erreicht, daß die Belegschaftszahl dauernd zurückging, die Produktion aber stieg. Es wird jetzt noch auf zwei Förderanlagen gefördert. Der Anteil je Mann an der Kupferproduktion ist von 0,97 To. 1924 auf 1,68 To. 1927 gestiegen.

Ueber das Verhältnis des Kupferausbringens zur Schieferförderung unterrichtet die folgende Aufstellung:

Jahr	Förderung Kupferschiefer	Kupferproduktion	Schiefer
1924	784 600 To.	18 641 To.	89,6 To. = 1 To. Kupfer
1925	728 600 "	19 196 "	87,9 " " " "
1926	830 000 "	21 212 "	39,1 " " " "
1927	850 400 "	23 038 "	36,9 " " " "

Aus der obigen Aufstellung ist ersichtlich, daß die Ergiebigkeit des Kupferschiefers in den letzten Jahren gestiegen ist. Rechnet man hinzu, daß die Nebenprodukte heute durch die modernen Verarbeitungsanlagen in viel stärkerem Maße verwertet werden als früher, so ergibt sich ein sehr günstiges Bild der Entwicklung des Mansfelder Kupferbergbaues. Während noch im Jahre 1924 der preussische Staat der Mansfeld A.-G. mit einigen Millionen Mark

unter die Arme greifen mußte, ist heute die Gesellschaft in der Lage, ganz annehmbare Dividenden zu verteilen.

Von den übrigen deutschen Kupferproduzenten werden jährlich nur ca. 3000 bis 4000 To. Kupfer erzeugt. Die Hauptproduzenten an Kupfererzen sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Sie produzieren 58,9 Proz., das übrige Amerika (Chile, Kanada, Peru und Mexiko) 20,2 Proz., Europa 9,1 Proz. (darunter Deutschland 3,2 Proz.) Japan 4,5 Proz. und Afrika 7,3 Proz. der Weltproduktion an Kupfer. Das im Jahre 1928 gegründete Internationale Kupferkartell erfaßt rund 94 Proz. der gesamten Kupferproduktion der Welt. Es hat deshalb das Weltmonopol. Wenn in den letzten Jahren die Preise nicht besonders gestiegen sind, so lag das an dem mächtigen Kupferhandel, der übermäßige Preissteigerungsbestrebungen des Kartells verhinderte. Die Preise für Kupfer und Silber entwickelten sich folgendermaßen:

Jahr	Kupfer für 100 kg	Silber für 1 kg
1901	150,71 M.	80,07 M.
1905	141,13 "	82,66 "
1910	120,87 "	72,90 "
1914	147,15 "	82,49 "
1924	121,00 "	81,10 "
1926	127,73 "	84,87 "
1927	184,26 "	76,95 "
1928 (31. Dez.)	156,26 "	80,00 "

Der Kupferpreis hat nach der obigen Tabelle Ende 1928 eine Höhe erreicht, die er außer den Jahren 1906 und 1907 noch nie in der Vorkriegszeit befallen hat.



Die Preissteigerung im Jahre 1928 gegenüber 1927 beträgt 21,99 M. pro 100 kg, das sind 16 Proz. In den letzten Tagen ist schon wieder eine Erhöhung des Kupferpreises vom Kartell diktiert worden, so daß jetzt der Preis für 100 kg 159 M. beträgt. Diese unerhörten Preissteigerungen haben mit wirtschaftlicher Notwendigkeit gar nichts zu tun, sie sind nur ein schmerzlicher Ausdruck der guten Absicht an Kupfer anzuhalten, wird man sich bei den jetzigen Preisen noch nicht beruhigen. Für die Kupferkönige beginnt eine goldene Zeit, die sich in einem reichen Dividendenregen auswirken wird. Eine Ursache mehr für die Arbeiter, ihren Anteil am Produktionsertrag durch Stärkung ihrer Organisation zu erhöhen.

Brauntholenferngas?

Die Brauntholenferngas G. m. b. H., Berlin, hat eine Brauntholenferngas-Versuchsanstalt erbauen lassen, um die Verwertungsmöglichkeit der Braunthole bei der Gaserzeugung zu erforschen. Die Versuchsanstalt steht auf dem Gelände des städtischen Gaswerkes in Kassel. In Kassel, Wirtschafts- und Kommunalverwaltungen verspricht man sich von diesem Unternehmen viel Vorteilhaftes für das Kasseler Wirtschaftsgebiet. Insbesondere denkt man daran, eine eigene Gruppen-Gasversorgung für das Brauntholenferngasgebiet schaffen zu können. Ueberall in Deutschland sei man auf diesem Gebiete vorangekommen. Ein entsprechender Zusammenschluß soll deshalb auch im Kasseler Wirtschaftsgebiet auf kommunaler Grundlage geschaffen werden, sobald die Versuche in der errichteten Anstalt einen solchen als vorteilhaft erscheinen lassen.

Die Versuchsanstalt ist an die Verlängerung des Ofenhauses an die Bahngleise gelegt worden. Sie besteht aus zwei getrennten Zellen, dem eigentlichen Ofen zur Erzeugung der Kohle und dem Apparatehaus mit den Nebenanlagen, wie Gruben zur Reinigung des Gases und zur Aufnahme der Nebenenergie. Der Ofenblock ist, bis zum Dach über den Bunkern gemessen, 27 Meter hoch und erhält die Brauntholen durch einen Aufzug, und der Bunker fördert sie in den eigentlichen Ofen. Durch die Bunkerwäse geht die Kohle unter vollkommenem Luftabschluß in die Kammern des Ofens und tritt durch besondere Verschlüsse unterhalb der Kammern als Koks aus. Auf den Abschlüssen gegen die Außenluft ist zur Vermeidung von Geruchbelästigung für die Umgebung besonderer Wert gelegt. Die beiden Kammern, von denen die eine etwa 4,5 To. und die zweite 4 To. Kohle aufnehmen kann, werden durch die hinter dem Ofen liegende Generatorförderung erhitzen und können täglich bis zu 20 To. Kohlen bearbeiten. Der Koks wird durch entgegenströmenden Wasserdampf gelöscht. Die eigentliche Kammer ist etwa 3 Meter tief und 6 Meter hoch. Das in den Kammern erzeugte Gas zur Abführung wird weitergeleitet, gereinigt und dann dem Erzeugungsrohr des Gaswerkes zugeführt. Ausreichende Raumräume sind für das Bedienungspersonal und für das Laboratorium vorgesehen. Im Laboratorium können Gas und Nebenenergie an jeder Stelle den Leitungen entnommen und untersucht werden. Es war ein besonders glückliches Zusammentreffen, daß der Bau der Anlagen gerade in die Zeit fiel, als auf dem Kasseler Gaswerk ein Apparatesystem gegen ein größeres ausgetauscht werden mußte. Die freigewordenen Kessel und Wässer wurden in der

neuen Brauntholen-Versuchsanstalt aufgestellt und konnten hier wieder Verwendung finden.

Nachdem nunmehr die gesamten Anlagen fertiggestellt worden sind, hofft man, am 7. oder 8. Januar mit der Gaserzeugung aus Braunthole den Anfang zu machen. Zunächst sollen Brauntholenbriketts verfeuert bzw. zur Gasgewinnung Verwendung finden, dann will man nach und nach zur Trodenkohle übergehen, um später Rohbraunthole, wie sie aus der Grube kommt, zu verarbeiten und in Gas umzuformen. Inwiefern dies gelingt, werden die Versuche in nächster Zeit beweisen müssen.

In den letzten Tagen wurden nun schon Reinigungsäußerungen laut, insbesondere von der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau, daß die bisherigen Erfahrungen mit dem Brauntholenferngas geistert seien. Hierzu teilt die Kohlenveredelungs-Gesellschaft u. a. folgendes mit:

Die Verwendung von hochwertigem Brauntholenschmelgas zu Leucht- und Heizzwecken steht dessen sachgemäße Verwertung von den ihm anhaftenden Verunreinigungen, nämlich Schwefelwasserstoff und Kohlenäure, voraus. Es ist bekannt, daß in den Gasanstalten übliche Trodenreinigungsverfahren hierfür aus wirtschaftlichen und technischen Gründen nicht geeignet sind. Diese Kenntnis hat uns veranlaßt, neue Wege zur Reinigung des Schmelgas zu beschreiten. Das Ergebnis der Versuche war so vielversprechend, daß von uns gemeinsam mit der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft eine Großversuchsanlage zur Schmelgasreinigung nach unserem Verfahren errichtet wurde. Der Erfolg dieser Großversuche veranlaßt die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft, mit der Grube Leopold A.-G. einen Vertrag zur Lieferung von gereinigtem Schmelgas abzuschließen. Die Fertigstellung der zur betriebsmäßigen Reinigung des Schmelgases vorgesehenen Anlage ist durch den Arbeitsmangel in der nordwestdeutschen Eisenindustrie verzögert worden, so daß sie erst im Laufe des kommenden Monats in Betrieb genommen werden können. Zwischen der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft und der Grube Leopold A.-G. ist deshalb die vorläufige Lieferung von Koks vereinbart worden. Etwa aus dieser Lieferung entspringende Schwierigkeiten sind zweifellos zurückzuführen auf die unrationelle Reinigung des Schmelgases durch die auf vorbandene, auf Steintholengas eingerichtete Reinigungsanlage, die auch nicht in der Lage ist, die Kohlenäure aus dem Gas in ausreichendem Maße zu entfernen. Die auf Grund der sehr ein-

gehend durchgeführten Großversuche angestellten Berechnungen ergeben die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens. Die Reinheit des Gases wird nach Inbetriebnahme der Reinigungsanlage zweifellos allen Ansprüchen voll und ganz genügen."

Zur gleichen Angelegenheit sendet auch die Gesellschaft zur Förderung der Brauntholenerzeugung in Halle eine Mitteilung, in der es u. a. heißt:

„Die Grube Leopold, die seit Anfang November die Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau mit Brauntholenschmelgas beliefern, hat uns auf Rückfrage die Auskunft gegeben, daß dem Lieferanten vom Wöhner bisher und auch bei Verhandlungen in den letzten Tagen keine Beanstandungen bekanntgegeben worden sind. Da die Reinigungsanlage nach einem im Benehmen mit der Continental-Gesellschaft durchgearbeiteten Verfahren erst Ende Januar betriebsfertig werden wird, wird bisher ungetriggertes Gas (kohlenäure- und schwefelwasserstoffhaltig) geliefert, so daß ein auf Betriebserfahrungen gegründetes Urteil über gereinigtes Brauntholengas noch nicht vorliegen kann. Wir hören dazu auch, daß die Reinigungsanlage auf Grube Leopold nach Stellungnahme der Continental-Gesellschaft in Angriff genommen worden ist. Die Lieferungen im vertragsmäßigen Umfange dauern auch für ungetriggertes Gas unverändert an.“

60 Jahre Zentralverband der Zimmerer.

Mit Anfang dieses Jahres tritt der Zentralverband der Zimmerer in das 61. Lebensjahr. Die erste Gewerkschaftsorganisation der Zimmerer wurde am 28. und 29. Dezember 1868 in Braunschweig gegründet. Das erste Jahrzehnt der Zimmererbewegung war angefüllt mit einem wechselvollen Ringen um die Erringung der Organisation. Nach mancherlei Umgründungen trat im August 1883 der Verband deutscher Zimmerleute, der heutige Zentralverband, ins Leben. Trotz aller Schwierigkeiten vermochte sich diese Berufsorganisation zu einem achtunggebietenden Faktor zu entwickeln. Im Jahre 1885 waren 3428 eingeschriebene Mitglieder vorhanden. Das ist ein Erfolg, wie ihn so leicht keine Gewerkschaft aufzuweisen hat. Das bemerkenswerte an dieser Entwicklung ist, daß der Zimmererverband auf rein beruflicher Grundlage aufgebaut ist. Der Berufsstand hat sich in dieser Organisation als ein außerordentlich fester Mitt erwiesen. Die Festigkeit und der gesunde Unterbau des Verbandes verleihen ihm eine Lebenskraft von ungeheurer Fähigkeit. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer sind gewiß nicht nach jeder Richtung vollkommen. Dennoch können sie sich sehen lassen. Dem Zentralverband der Zimmerer wird die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung zu der ruhmwollen Geschichte und der mustergültigen Organisationsarbeit lange Jahrzehnte hindurch beglückwünschen. Der feste Zusammenhalt der Zimmerer kann vielen Gewerkschaften zum Vorbild dienen.

† Unsere Toten †

Bahlsche Hohenmerck. Am 10. Dezember 1928 verunglückte auf der Schachtanlage Diergardt unser Kamerad Franz Heuer. Bei Ausübung einer Rettungsaktion anlässlich des Grubenbrandes auf Zeche Diergardt I muß er mit noch zwei anderen Kameraden von der Rettungsgruppe sein Leben lassen. Als Betriebsauschussmitglied und Funktionär des Verbandes verlieren wir in ihm einen unserer Besten. Er wird allen seinen Kameraden in ehrenvoller Erinnerung bleiben! Die Ortsverwaltung.

Bahlsche Jahn II. Am zweiten Weihnachtstage wurde unser langjähriger Viertelkassierer Albert Richter zur letzten Ruhe bestattet. Er war ein treues, langjähriges Mitglied und fleißiger Agitator des Verbandes. Zu gleicher Zeit war er Betriebsrat auf der Schachtanlage Victor III-IV. Wir werden ihm ein gutes Andenken bewahren! Die Ortsverwaltung.

Über-Salgbraun. Am 19. Dezember verstarb unser Kamerad Kurt Walter im kühnen Alter von 24 Jahren an einer tödlichen Lungentzündung. Kamerad Walter hatte ein gutes und aufrichtiges Wesen und erwarb sich bei seinen Kameraden großes Vertrauen und Achtung. Sein plötzliches Hinscheiden ist ein großer Verlust für unsere Bahlsche, da er immer mit in den besten Reihen stand. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten! Die Ortsverwaltung.

Sauerhain. Nach längerem, schwerem Magenleiden verstarb der Kamerad und Invalide Heinrich Friß im Alter von 54 Jahren. Seit 1913 gehörte er dem Verbands an. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

✠ Verbandsnachrichten ✠

Kameraden! Mit dieser Nummer unserer Zeitung wird Nr. 2 unserer Jugendzeitschrift, der „Bergbau-Jugend“, versandt. Es ist Pflicht der Kameraden, besonders aber Aufgabe der neu gewählten Jugendfunktionäre, für eine bestmögliche Verbreitung und rechtzeitige Verteilung dieser Zeitung Sorge zu tragen. Soweit nach bestellbaren notwendig sind, müssen diese sofort vorgenommen werden.

Zur Beachtung für Besteller von Jahrbüchern!

Die Bestellungen für Jahrbücher des Jahres 1929 gingen unerwartet so zahlreich ein, daß einmal unsere Anfertigung damit nicht Schritt halten konnte. Dann aber auch die gebräuchte Auflage schon restlos ausverkauft ist. Wir nehmen einen Nachdruck her und bitten alle Kameraden, sich mit der Lieferung noch eine kurze Zeit gedulden zu wollen. Weitere Bestellungen werden von uns auch jetzt noch angenommen. G. Hansmann u. Co., Bochum.

Bibliothek.

Röttingen. Wir ersuchen die Kameraden von Röttingen und Umgegend, unsere Bibliothek fleißig zu benutzen. Sie weist die stattliche Zahl von 450 Büchern hervorragender Schriftsteller und Wissenschaftler auf. Ausgabe jeden Sonntag 11.30 bis 12.30 Uhr.

Bücherverleih.

Marl. Vom 1. bis 28. Februar. — Inquat. Im Februar. Die Bücher sind in Ordnung zu bringen und bereit zu halten.

Adressveränderungen.

Siegenbortmann. Zeitige Adresse des Kassierers: Johann Hammer, Hellweg Nr. 41 (früher Hömmerl. 41).

Gottesberg. Die neue Adresse des Kassierers lautet: Richard Adolph, Gottesberg, Fürstener Straße 32.

Auszahlung von Unterstufungen.

Siegen. Unterstufungen werden nur von Montag bis Freitag ausbezahlt.

Gottesberg. Die Auszahlung der Unterstufungen erfolgt alle Samstagabende 9 bis 10 Uhr vorm. und 4 bis 5 Uhr nachmittags.

Siegenbortmann. Am zweiten Sonntag des Monats sind beim Kassierer die Aufträge auf Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zu stellen. Auszahlung erfolgt am dritten Sonntag des Monats.

Wiesbaden. Krankenunterstützungsanträge sind jeden Montag beim Vertrauensmann einzureichen. Dabei ist zu beachten, daß der Betrag für die vergangene Woche entrichtet sein muß, da sonst die Anträge zurückgewiesen werden. Auch ist während des Monats der Unterstufung der volle Wochenbeitrag zu zahlen.

